Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 4. Freitag, den 5. Januar 1912. 19. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Der Blockliberalismus.

Die Wahlbewegung stellt die Fortschrittliche Volkspartei vor die schwierige Aufgabe, die in den Kreisen der freiheitlich gesinnten Wähler tödlich verhaßte Bülowblockpolitik zu verteidigen. Sie bedient sich dabei zweier Mittel: Einmal redet sie den Wählern ein, man habe den Versuch machen müssen, zusammen mit den Konservativen **liberale** Politik zu treiben, zum anderen lobt sie die „Errungenschaften“ der Blockära über das Schellendaus. Beide Mittel sind betrügerischer Natur. Ganz abgesehen davon, daß sich eine liberale Partei das denkbar größte politische Armutszeugnis ausstellt, wenn sie dem irrigen Glauben verfällt, mit den Konservativen liberale Politik zu machen, steht doch fest, daß man sich innerhalb der Volkspartei über die Aussichtslosigkeit eines solchen Beginnens klar war. Man wollte „auf dem Bock der Reichskutsche“ sitzen, koste es was es wolle. So sprach Herr Payer. Und die ihm nachgeordneten und ergebenen Größen gerieten in eine geradezu krankhafte Verzückung bei dem Gedanken an die „ausschlaggebende Rolle“ der sieben Männlein starken volksparteilichen Fraktion im Reichstag. Fürst Bülow, der die Linksliberalen nach Herzenslust einseifte und ihre Führer mit roten Adlerorden zahm machte, war sich über den Zweck seines Unternehmens völlig im reinen: „Eine Mehrheit, die in nationalen Fragen nie versagt“, hieß es im Silvesterbrief von 1907. An die Erfüllung liberaler Hoffnungen dachte er nicht im Traume. Der Liberalismus war ihm gerade gut genug, seine wackelige Kanzlerschaft zu halten. Auf der rechten und weil stärkeren auch einflußreicheren Seite des Blocks bestand auch kein Zweifel über den Zweck des Blocks. Der frühere konservative Reichsbote Schrempf, auch ein Bülowblockgenosse Payers, Naumanns und Genossen, hat auf der Bündlerparade im Februar 1908 das offenherzige Bekenntnis abgelegt:

„Der Block ist nicht begründet worden, um den schwachen linksliberalen Kreisen ihre Forderungen erfüllen zu helfen. Der Block ist nicht dazu bestimmt, liberale Träume erfüllen zu helfen. Wir wollen nicht die Brücke bauen, daß die Herren Linksliberalen schließlich ihre Ziele ganz, oder halb, oder viertels erreichen. Es gilt in nationalen Fragen stramm und fest auf seiten der kaiserlichen Regierung zu stehen. Auf der linken Seite sind die Ansichten über den Block zum Teil geradezu komisch.“

Selbst wenn man an die Ehrlichkeit der liberalen Illusionen für die ersten Monate der Blockzeit hätte glauben mögen, die weitere Entwicklung der Dinge hat diesen Glauben unmöglich gemacht. Die Zwischenfälle der verschiedensten Art hätten auch dem verblendetsten Liberalen die Augen über den Zweck des Blocks öffnen können. Den ersten schweren Stoß erlitt er im Dezember 1907 bei dem schweren Konflikt des nationalliberalen Herrn Paasche mit dem früheren Kriegsminister, der nach den Behauptungen des ersteren dem ganzen Hof- und Gardeskandal (Lynar, Eulenburg usw.) wie ein ahnungsloser Engel gegenüberstand. Der Block wurde in einer lächerlichen Komödie in der Reichstagssitzung vom 5. Dezember 1907 wieder geleimt. Die Freisinndemokratie tat wieder mit „unter Wahrung ihrer politischen Grundsätze“, wie Herr Wiemer unter stürmischem Gelächter erklärte. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein strammes Blockorgan,“ verhöhnte damals den eigenen Blockbruder wie folgt:

„Als Wiemer zu den Worten „Wahrung unserer politischen Grundsätze“ kam, da brach ein Höllenlärm aus. Ein Gelächter durchschütterte das ganze Haus, ein Gelächter, das ansteckend auch auf viele der Blockfreunde und die Tribünenbesucher wirkte. Herr Wiemer suchte die klassische Ruhe des Abgeordneten Bassermann zu kopieren, aber mit schlechtem Erfolge; und als er nun mit gerunzelter Stirn und gehobener Stimme den letzten Satz wieder aufnahm und abermals von der Wahrung der freisinnigen Grundsätze anfing, brach der Lärm aufs neue los.“

Die bürgerlich-demokratische Berliner „Volkszeitung“ sagte:

„Wer die Geschichte des deutschen Liberalismus kennt, die ihn von einer reaktionären Fopperei zur anderen gejagt hat, die nichts als eine einzige Kette von Verhöhnungen seiner Vertrauensseligkeit, und wer demgemäß weiß, daß die Paarungs- und Blockidee das Stärkste ist, was bisher dem deutschen Liberalismus an törichter Selbstentsagung, an demütigender Entmannungsbereitschaft zugemutet worden ist, der kann diese Farce nicht ohne ein Gefühl ehrlichster Empörung und tiefster Beschämung betrachten.“

Aber der Liberalismus der Naumann, Payer, Wiemer, Storz hielt stramm zur Blockfahne. Herr von Payer war der „heimliche Kaiser des Bülowblocks“. Dieser ertrug noch stärkere Erniedrigungen. Ein Hauptstück der liberalen Blockillusion war der Hinweis auf die Wahlreform in Preußen. Bülow der Abgott der Liberalen, war ja nicht nur Reichskanzler, sondern auch preußischer Ministerpräsident. Das süffisante Lächeln, das der Kanzler im Reichstag für den Liberalismus übrig hatte, setzte den Liberalen die Torheit ins Hirn, dieser Mann werde nun auch der preußischen Dreiklassenbude durch eine liberale Reform den Garaus machen. Da kam das Gewitter vom 10. Januar 1908, das dem Liberalismus auch diese Blütenträume verhagelte. Die entscheidenden Sätze aus der Antwort des Fürsten Bülow auf die freisinnigen Wahlrechtsanträge lauten:

„Wie jetzt schon erklärt werden kann, steht es für die Regierung nach wie vor fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entspricht und deshalb abzulehnen ist. Die Staatsregierung kann auch die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen.“

Diese unerhörte Verhöhnung des gleichen Rechts, die unter dröhnendem Beifall der Rechten vom leitenden Staatsmann ausgesprochen wurde, hätte jedem, der noch einen Funken von Liberalismus im Leibe hat, die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Anders die Blockliberalen! Sie dachten nicht daran, von Bülow und ihren konservativen Blockbrüdern abzurücken, obwohl ihre Vertreter genau wußten, was Bülow beabsichtigte. Sagte doch Herr Naumann in einem Artikel in der „Neckarzeitung“:

„Der Reichskanzler hat genau gewußt, was vom 10. Januar abhing, und er hat mit vollem Bewußtsein dem Liberalismus einen Schlag versetzt.“

Trotzdem schrieb derselbe Naumann im gleichen Artikel:

„Möge Bülow glücklich weiterleben in der Wilhelmstraße! Einen direkten Schaden tut er vermutlich nicht, denn wer kommt sonst?“

Die Wählerschaft, die dem Blockliberalismus bei der Wahl von 1907 blindes Vertrauen geschenkt hatte, wurde zwar des Spiels allmählich überdrüssig, schlug Lärm und verlangte immer stürmischer nach einem Austritt des Liberalismus aus dem Block und die Rückkehr zur Opposition. Die Antwort gab Herr von Payer im Reichstag:

„Wollten wir in der deutschen Volkspartei den Anregungen und Wünschen folgen, die in dieser Richtung an uns in der letzten Zeit herangetreten sind (Hört, hört! bei den Soz.), so müßten wir uns wieder der rein grundsätzlichen Opposition zuwenden, in der wir uns lange Zeit befunden haben. Wir lehnen es ab, das zu tun. (Aha! bei den Soz.) Wir lehnen es ab, weil wir mit unseren Freunden die Erklärung der preußischen Regierung, die sie für Preußen abgegeben hat, noch nicht als eine zwingende Notwendigkeit ansehen, um nun im Reiche Hals über Kopf das Gegenteil derjenigen Politik einzuführen, welche wir aus guten Gründen für ein ganzes Jahr hindurch verfolgt haben.“

Der Blockliberalismus setzte unbeschadet des Protestes zahlreicher liberaler Wählergruppen seine Reise durch den reaktionären Sumpf fort, in den er geraten war. Er gelangte schließlich zu der schimpflichen Rolle, die er beim Reichsvereinsgesetz gespielt hat. Es ist nicht nötig, auf die Geschichte dieses Gesetzes näher einzugehen, sie ist bekannt. Die bürgerliche Rechtsgleichheit wurde durch den Sprachenparagraphen zertrümmert, Herr Payer machte sich zum freiwilligen Regierungskommissär, der Ausnahmegesetze unter jubelndem Beifall der Rechten von der Reichstagstribüne herab verteidigte. „Prinzipien sind dazu da, um nicht überspannt zu werden“, erklärte er.

Theodor Barth, 1890 Kandidat der Freisinnigen Volkspartei in Lübeck, charakterisierte den jämmerlichen Umfall so:

„Wir haben schon viel erlebt, aber das, was wir jetzt erleben, war noch nicht da: Ein Ausnahmegesetz auf Prozente. Bei 60 Prozent fängt die Gleichberechtigung an, bei 59 Prozent hört sie auf. Es handelt sich um das bedeutendste Recht, das es gibt, es handelt sich um die bürgerliche Gleichberechtigung selbst.“

Dann brach ja auch jene große Katastrophe über die Volkspartei herein, die sich am besten in dem vertraulichen Zirkular widerspiegelt, das Herr Quidde an die Volksvereine sandte. Wir wollen nur einige Sätze aus dem denkwürdigen Zirkular Quiddes der Vergessenheit entreißen. Er sagte, die Stellung der Volkspartei zum Sprachenparagraphen habe „allgemeine Bestürzung“ in der Partei hervorgerufen, denn sie sei „mit den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit völlig unvereinbar“. Was niemand für möglich gehalten habe, sei durch eine „unerwartete Nachgiebigkeit“ geschehen. Die Haltung der Volkspartei sei eine Unterstützung der ungeheuerlichen preußischen Polenpolitik, die „**eine einzige schamlose Verletzung der Rechtsgleichheit und des modernen Kulturempfindens**“ sei. Zur Begründung dieser Politik durch Payer sagte Quidde:

„Auf diese Weise kann man die aktive Beteiligung an jedem Unrecht, an jedem Verbrechen motivieren ... Es ist schwer genug in der Partei ertragen worden, daß die Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow nicht Schlag auf Schlag die gebührende Antwort gefunden hat. Nun folgt auf die erste Demütigung die zweite und sie wird vermutlich nicht die letzte sein. Gehen wir hier nach, so ist, fürchte ich, auf dem Wege, den vor uns andere Parteien gegangen sind, auf dem Wege politischer Grundsatzlosigkeit, kein Halten mehr. An manchen von uns wird sehr ernst die Frage herantreten, ob er noch länger in der Partei verbleiben kann.“

Es war nicht die letzte Demütigung. Es folgte die Reichsfinanzreform mit der Preisgabe des demokratischen Grundsatzes vom gleichen Recht auf steuerlichem Gebiet. Aber auch nach dem Fall des Erbschaftssteuerprojekts mußten die Liberalen von Junkern und Pfaffen förmlich aus der Mehrheit gepeitscht werden. Der Liberalismus spekuliert hinsichtlich dieser ungeheuerlichen Vorgänge auf die Vergeßlichkeit der Wähler. Wir wollten daher, in erster Linie veranlaßt durch die Angriffe der volksparteilichen Agitationsredner und ihrer Presse, das Gedächtnis ein wenig beleben. Die Fortschrittliche Volkspartei hat nach diesen unantastbaren Beweisen jedes Vertrauen in ihre Zuverlässigkeit im Kampfe gegen die Reaktion verwirkt.

Nationalliberale und gleiches Wahlrecht.

Ein wirklich allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Reichstagswahlrecht ist die einzige Sicherung vorwärtsschreitender Entwickelung Deutschlands. Wie stellen sich dazu die Nationalliberalen?

In einem Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei heißt es unter anderem:

„Von den jetzt bevorstehenden Wahlen wird es abhängen, ob wir freisinnige Einrichtungen aus den neuen Provinzen herübernehmen oder sie durch die Reste des altpreußischen Feudalismus und Bureaukratismus uns entfremden werden... Die Zukunft des Bundesstaates muß nach allen Seiten gesichert sein, dazu ist auch erforderlich, daß Deutschland von Preußen die inneren Reformen, welche den übrigen Staaten zum Muster dienen, erwarten könne. . . . Das beschränkte Klassenwahlsystem hat sich überlebt und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, unter was für Voraussetzungen der Übergang zum allgemeinen Wahlrecht zu bereiten ist.“

Unter dem „allgemeinen“ Wahlrecht verstand man 1867 — denn aus diesem Jahre stammt der nationalliberale Aufruf — natürlich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Für dieses sind die Nationalliberalen vor vier Jahrzehnten eingetreten. Heute pfeifts bei ihnen aus einem anderen Loch.

Die „Nationalzeitung“ schrieb am 19. Mai 1895:

„Das allgemeine Stimmrecht verwildert, sich selbst überlassen, mehr und mehr. Es muß der verhängnisvolle Lauf des allgemeinen Wahlrechts aufgehalten und der zerstörenden und zersetzenden Gewalt desselben eine feste Regierung gegenübergestellt werden.“

Der nationalliberale Abgeordnete Semler schlug am 28. November 1896 in einer Hamburger Riesenversammlung eine Resolution an den Reichskanzler vor zwecks „Beschränkung des Wahlrechts — sei es durch Erhöhung der Altersgrenze, durch die Forderung längerer Seßhaftigkeit oder sonstwie.“

Im Jahre 1897 erschien „Ein neuer Reichstag“ von dem nationalliberalen Dr. Arnhold, darin heißt es unter anderem:

das jetzige Wahlrecht ist „das Gegenteil von einer gerechten, brauchbaren und würdigen Volksvertretung. . .“

„Wer bildet überall die Mehrzahl? Um es kurz zu sagen: Die Jüngsten, die Dümmsten und die Ärmsten.“

Die Zeiten, da der nationalliberale Bennigsen den konservativen Wahlrechtsfeinden drohend zurief: „Die Verfassung mit dem Reichstagswahlrecht und das Deutsche Kaisertum sind an einem Tage geboren, **wer an dem einen rüttelt, gefährdet das andere,**“ sind längst vorüber.

Der brave Bassermann war es, der 1902, bei der Beratung des Wucherzolltarifes die bedeutsame Drohung ausstieß, die Sozialdemokratie solle bedenken, daß sie durch ihre Obstruktion gegen die Wucherzölle, **„das allgemeine Wahlrecht in Gefahr bringe.“**

Auf dem nationalliberalen Jugendtag September 1906 in Hannover erklärte **Gebhard-Lübeck:** „er könne sich **mit einem Staatsstreich weit eher befreunden, als mit der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter** auch bei den Landtagswahlen.“

Bau-Köln meinte: „Das gleiche Wahlrecht ist das **allerplumpeste** und **höchstens für Hottentotten und Papuas geeignet.**“

Die Nationalliberalen sind heute Kulis für die scharfmacherische Großindustrie, wirklich nationalliberale Männer wie vor etlichen Jahrzehnten sind in dieser Partei überhaupt nicht mehr!

Die Nationalliberalen aber sind die Hauptstützen der Kandidatur des Herrn Julius Klein!

Wer das Reichstagswahlrecht sichern und gerecht ausgestalten will, darf am 12. Januar im lübischen Wahlkreis keinen Stimmzettel abgeben, der nicht den Namen trägt

Theodor Schwartz!

Die Reichstagswahl.

Ablehnung der Bethmann-Parole.

Selbst die Nationalliberalen fallen nicht alle auf das Aktenstück, Reichstagswahl betreffend, herein, das als Leitartikel des Kanzlerblattes veröffentlicht wurde. Die „Nationallib. Korresp.“ schreibt:

„Es überrascht uns, daß die Überwindung der Sozialdemokratie der leitende Gedanke gerade dieses Wahlkampfes sein soll. Uns dünkt, der Kampf gegen die revolutionäre Umsturzpartei sei der Leitgedanke der nationalen und monarchischen Parteien bei allen Wahlen gewesen, seit die Sozialdemokratie zu einer gefahrdrohenden Stärke anwuchs. Herr v. Bethmann-Hollweg ist auch Ministerpräsident in Preußen. Als solchem kann es ihm doch nicht entgangen sein, daß der König von Preußen in einer Thronrede es mit feierlichem Nachdruck als „Seinen Willen“ bezeichnete, das preußische Wahlrecht organisch fortzubauen; in der offensichtlichen Erkenntnis, daß das klerikal-konservative Übergewicht Preußen und damit dem Reiche zum Nachteil gereichen wird und daß deshalb dem werktätigen und opferbereiten Bürgertum ein stärkerer Einfluß auf die Gesetzgebung gebühre. Das Leitmotiv dieses Wahlrechtsentwurfs, den die schwarzblaue Mehrheit in Fetzen riß; das prinzipielle Anerkenntnis der Gleichberechtigung liberaler und konservativer Grundanschauung; die Notwendigkeit also, die Nation von dem unheilvollen Druck klerikal-konservativer Alleinherrschaft zu befreien — dies ist ebenso auch der „leitende Gedanke“, welcher der Wahl von 1912 „zur Richtschnur“ dient. Der preußische Ministerpräsident verleugnet nicht nur die Motive, die zur Einbringung des Wahlrechtsentwurfs führten, sondern auch das königliche Wort, das feierlich für diese Reform verpfändet ward, wenn er als Reichskanzler in einem Aufruf zur Reichstagswahl diese andere Hauptfrage des Wahlkampfes fürsorglich unterdrückt!“

Sehr gut! Hoffentlich gilt diese Parole nicht nur für die Reichstagswahlen, sondern auch in der preußischen Politik!

Die Lübecker Nationalliberalen und Freisinnigen verwerfen sie schon.

Demokratische Konsequenz.

Die Herren von der „Demokratischen Vereinigung“ leiden entweder an einem bedauerlichen Mangel politischen Blicks oder es kann dort jede Gruppe tun, was sie will. Obgleich bei der Nachwahl in Düsseldorf nur die Kandidatur Breitscheid den Verlust des Zentrumssitzes im ersten Wahlgang verhindert hat, stellen die Demokraten in Teltow-Beeskow eine Kandidatur auf, die die Freisinnigen und Konservativen mit unsinnigen Hoffnungen erfüllt. Aber im 6. Berliner Wahlkreis mit seiner riesigen sozialdemokratischen Mehrheit beschließen die Demokraten, gleich für Genossen Ledebour zu stimmen, der auch ohne diese paar Stimmen glänzend gewählt wird.

Alles für die Junker!

Welche Bedeutung die kommenden Reichstagswahlen für die Junker haben, beweist ein streng vertrauliches Rundschreiben des Bundes der Landwirte an die Großgrundbesitzer, das vor einiger Zeit zur Versendung gelangt ist.

In diesem Schriftstück wird dem Großgrundbesitz auseinandergesetzt, welch hohe und weittragende Bedeutung der Ausfall der Reichstagswahlen für diesen hat. Die agrarische Mehrheit müsse mit allen Mitteln, koste es was es wolle, erhalten werden; es liege dies in erster Linie im Interesse der Großgrundbesitzer. Die Gefahren seien groß, wenn diese agrarische Mehrheit beseitigt werde. Der Schlußeffekt ist das Ersuchen um Zahlung eines Beitrages für den Wahlfonds des Bundes der Landwirte. Und dieser Beitrag wird gleich festgesetzt: **1000 Mk. bis 10 000 Mk. werden gefordert, unter dem wird nichts angenommen.** Wie die „Freisinnige Zeitung“ erzählt, ist diesem Erlaß zum allergrößten Teile auch Folge gegeben worden. Der Bundeserlaß ist in zweierlei Hinsicht äußerst bemerkenswert und von weittragender Bedeutung. Zunächst die Überzeugung des Bundes der Landwirte, daß unser gesamtes innerpolitisches Leben im rein agrarischen Sinne geleitet worden ist. Dann aber zeigt der Erlaß auch wieder, daß der Bund der Landwirte in erster Reihe Großgrundbesitzerinteressen vertritt. Und endlich, daß die Säule der Agrarier mehrheit, das Zentrum, auch nur den Großgrundbesitzern dient.

Der Jannschauer schimpft.

Der Besitzer der Schichauwerft, Geheimrat Ziese, hat den Abg. v. Oldenburg-Januschau wegen Beleidigung in zwei Wahlreden verklagt.

Die Wahlangst des Zentrums

tritt im Großen und Kleinen zutage: Etwa vierzig Insassen der Lungenheilstätte Nordrach (Schwarzwald), meist Arbeiter aus den größeren Städten des Landes, die also von vornherein sozialdemokratischer Parteizugehörigkeit verdächtig sind, hat der katholische Ortspfarrer von Nordrach mit Hilfe eines bekannten Zentrumsanwalts ihres Wahlrechts berauben wollen, indem er gegen die Eintragung der Pfleglinge in die Reichstagswählerliste beim Bezirksrat Offenburg Beschwerde erhob. Die Amtsstelle hat jedoch, wie die „Volksstimme“ berichtet, die Beschwerde unter scharfer Verurteilung des damit bekundeten Vorgehens kostenpflichtig abgewiesen. Nordrach gehört zum Wahlkreis Kehl-Offenburg, wo der bisherige Zentrumsabgeordnete Schüler durch den nationalliberalen Blockkandidaten Kölsch sehr gefährdet ist, vollends dann, wenn im Falle einer Stichwahl Liberale und Sozialdemokraten zusammengehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 5. Januar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützmühle H. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Der Streik in der Darmhandlung von Schreiber Katharinenstraße 47, dauert unverändert fort. Wir bitten jeden Zuzug von Schlachtern und Hilfsarbeitern streng fernzuhalten.

Gründe, keinen Liberalen zu wählen. 16. Grund. Die Freisinnigen sind gegen die Gleichberechtigung der Frauen. Nicht genug damit, daß die Fortschrittliche Volkspartei die Forderungen der Frauen zur Reichsversicherungsordnung, zum Hausarbeitergesetz wie überhaupt zur Sozialgesetzgebung mißachtet hat, lehnt sie es auch ab, für das politische und kommunale Wahlrecht der Frauen einzutreten. Sie hat das Stimmrecht der Frauen nicht in ihr Programm aufgenommen, und immer, wenn über das Wahlrecht der Frauen verhandelt wird, finden sich unter den Fortschrittlern die heftigsten Gegner.

So versuchte der Abg. Haußmann mit aller Kraft zu verhindern, daß die württembergischen selbständigen Bäuerinnen das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer erhielten. In der Abstimmung im württembergischen Landtag im Jahre 1910 stimmten denn auch sechs Fortschrittler, unter ihnen Storz und Haußmann, dagegen.

Zum kommunalen Frauenwahlrecht gab der Abgeordnete Schepp im preußischen Landtag die Erklärung ab, daß die Frage für ihn und seine Parteifreunde noch nicht genügend geklärt sei.

Im freisinnigen Programm steht die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts zu Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; als aber die Frauen die Befähigung zum Schöffenamt — bekanntlich die Voraussetzung zum Wahlrecht für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — verlangten, stimmten nur zwei Freisinnige dafür.

Eine große Zahl von Fortschrittlern war gegen die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die Mädchen, weil dadurch der Etat der Städte zu sehr belastet werde.

Selbst ein verhältnismäßig frauenfreundlicher Mann wie Münsterberg sagte, als er in der 31. Berliner Armenkommission die erste Frau in das Amt der Vorsteherin einführte, daß für diese Ämter im allgemeinen die Männer besser geeignet seien, er hoffe, daß das Vorgehen der 31. Armenkommission nicht allzu viel Nachahmung finden werde.

Pachnicke und Mommsen haben sich offen gegen das politische Frauenwahlrecht erklärt, die meisten anderen Fortschrittler denken ebenso wie diese beiden. So versagt die Fortschrittliche Volkspartei überall, wo die Notwendigkeit an sie herantritt, für eine tatsächliche Erweiterung der Frauenrechte einzutreten.

Daß die rechten Brüder des Fortschritts, die Nationalliberalen, in der Frauenfrage noch reaktionärer denken als die linken Brüder, ist selbstverständlich.

„Schimpfliche Auslandsdienerei“ wagt das Amtsblatt es zu nennen, daß wir die Ansichten unserer ausländischen Genossen über unsere Wahlaussichten und ihren bestimmenden Einfluß auf die Erhaltung des Weltfriedens dem deutschen Volke mitteilen. — Wir lachen darüber und stellen lediglich fest, daß es keinen vernünftigen Deutschen gibt, der sich nicht mit uns jeder möglichen Garantie für die Beschränkung und Beseitigung des Völkerkrieges herzlichst freut, und daß wir selbstverständlich genau so jeden Erfolg unserer ausländischen Genossen im politischen Kampf als eine Bürgschaft für diesen eminent kulturfördernden Zweck begrüßen, wie jene umgekehrt unsere Siege. Nicht dem „Auslande“, nicht dem Profitbedürfnis raffgieriger Cliquen und dem Abenteuergelüste tollkühner und unverantwortlicher Streithämmel dienen wir damit, sondern der Menschheit und der Menschlichkeit! Und das bekennen wir offen und stolz trotz der Beschimpfungen durch geistesarme nationalliberale Waschzettelfabrikanten!

Hoch die fortschrittlich-agrarisch-ultramontane Verbrüderung! Die „Erlenb.-Ztg.“ schreibt: Verweigert der Liberalismus den Konservativen die gewünschte Stichwahlhilfe gegen die Sozialdemokratie, so wird namentlich die Fortschrittliche Volkspartei, die ja den größten Teil ihrer Mandate erst bei den Stichwahlen zu erringen pflegt, in der Hauptsache die Zeche an die Sozialdemokratie bezahlen müssen. Und ob sie diese voraussichtlichen Niederlagen durch Siege über die Konservativen und das Zentrum wettmachen kann, ist doch noch eine große Frage. Da stehen die Nationalliberalen anscheinend günstiger da. So tut man wohl am besten, das Ergebnis der Hauptwahlen abzuwarten, um nach ihm zu entscheiden, ob der Kuhhandel im Interesse eines arbeitsfähigen Reichstages auch diesmal wieder einsetzen soll, oder nicht. Ganz wird er sich ohnehin nicht vermeiden lassen.“ — Nachtigall, ich hör dir laufen! — würde Onkel Bräsig sagen!

Gewaltsamer Schluß einer Versammlung. Die Herren Liberalen taten gestern sehr entrüstet, als in „Friedrichshof“ die Wähler auf Kleins Schlußwort sehr nachdrücklich verzichteten und sollen sogar mit Repressivmaßregeln gedroht haben. Auch wir bedauern, daß Klein der für ihn sehr unangenehmen Aufgabe überhoben wurde, auf die wuchtigen und unwiderleglichen Angriffe unserer Redner eine verlegene Erwiderung zu stammeln. Liefern uns doch seine Schlußworte immer das ausgezeichnetste Material zu seiner Bekämpfung. Aber ein Grund, sich sonderlich aufzuregen, liegt für die Liberalen absolut nicht vor. Sie selbst haben alles getan, diesen Schluß herbeizuführen. Das ganze Arrangement reizte dazu, die Sache komisch aufzufassen. Der Andrang war geradezu beängstigend stark, die Menschen saßen, wie man zu sagen pflegt, aufeinander. Aber zur festgesetzten Zeit war weder ein Bureau noch ein Referent da. Und als sie erschienen, hatten sie nicht einmal eine Klingel mitgebracht. Herr Aug. Pape eröffnete die Versammlung, indem er mit einem Trommelstock ein Becken bearbeitete. Das gab, wie gesagt, von vornherein der Sache einen mehr als humoristischen Anstrich. Kleins Referat wurde aber, von ein paar ungehörigen Zwischenrufen abgesehen — die auch unsern Diskussionsrednern zuteil wurden und mehr als Ausdruck der „gepreßten Lage“ anzusehen sind, in der sich manche Zuhörer befanden — durchaus ruhig angehört. Wer den Saal von der Bühne gesehen hat, muß sich eigentlich wundern, daß es der Masse möglich war, stundenlang ohne merkliche Unruhe auszuharren. Dann kam aber Kleins Schlußwort. Er hatte das Malheur, daß gleich beim ersten Wort die Stimme überschnappte. Man lachte. Statt nun, wie das jeder vernünftige Mensch tun würde, die Sache gleichfalls humoristisch zu nehmen, — Herr Aug. Pape verstand das hundertmal besser! — nahm er sie tragisch und begann eine wütende Rede gegen solche „unerhörte Ungezogenheit“ oder wie er es nannte. Und dann begann er die hochkomische Anklagerede gegen den „Volksboten“, der es verschuldet haben soll, daß man ihn — bei seinem Vornamen nennt. Ist uns jemals etwas Lächerliches vorgekommen, dann dies! Es ist ganz erklärlich, daß die Versammlung dabei nicht ernst bleiben konnte. Statt aber daraus die Lehre zu ziehen, endlich zur Sache zu reden, ereiferte sich Klein immer mehr und schrie schließlich, hochrot vor Wut: „Wenn Sie so etwas wollen, suchen Sie sich einen Dümmeren, nicht mich, da nehmen Sie dumme Jungen!“ Das wurde in der Unruhe dahin verstanden, daß Klein die Zuhörer „dumme Jungen“ tituliert habe. Und damit trat das vorzeitige Ende ein! Klein hat natürlich die Versammlung mit jenen Worten nicht beleidigt — wir bestätigen ihm das ausdrücklich — aber man hat es so aufgefaßt, und diese Auffassung fand ihre Stütze darin, daß Klein im Referat schon einmal Zwischenrufer mit Ochsen verglichen hatte, die das rote Tuch nicht sehen können. Wir wünschen, wie gesagt, und billigen das von der Versammlung beliebte Verfahren nicht, aber in der Art, wie Klein sein Schlußwort zu mißbrauchen pflegt, liegt eine gewisse Entschuldigung. Wer durch provozierende und beleidigende Behandlung der Zuhörer Wind säet, erntet schließlich einmal Sturm. Und so hat zu unserm Bedauern Herr Klein von Arbeitern einmal dieselbe Behandlung erfahren, die seine Parteigenossen beispielsweise 1907 unserm gewiß sachlich und vornehm kämpfenden Genossen Wissell angedeihen ließen. Sein ganzes Verhalten im Schlußwort war ein derartig auffälliges und abnormes, daß allgemein der Verdacht geäußert wurde: Klein wollte diesen Schluß, um damit Geschäfte zu machen. Die Spekulation wäre natürlich auch eine verfehlte.

Dreiunddreißig Bezirksversammlungen haben wir abhalten können! Welch kolossaler Erfolg! So jubeln die Liberalen. Du lieber Himmel! In all den Jahren in der heißesten Wahlzeit einmal diese Leistung! Und das erwähnt man noch! Das brachten die Sozialdemokraten ja unterm Sozialistengesetz fertig und wenn sie auch nach der Palinger Heide wandern mußten! Und heute können sie es sich jeden Tag erlauben. Und sind nicht genötigt, eingeschriebene Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei als Vertrauensleute hinzuzuziehen. Und brauchen nicht zu jammern, daß trotz allen Bettelns nicht der nötige Draht zusammenzubringen ist! Man ist wirklich rührend bescheiden in seinen Ansprüchen an die politische Organisation!

Klein in „Friedrichshof“. Eine sehr stürmische Wählerversammlung war es, die gestern Abend in Friedrichshof stattfand, dem Lokal, wo 1907 der Hirsch Lange die Holstentorproletarier durch sein provozierendes Auftreten zu „gewinnen“ suchte. Gestern abend war der Andrang ein so starker, daß Hunderte umkehren mußten, und diejenigen, die in das Lokal gelangt waren, unter Umständen auszuharrren gezwungen waren, die das Verweilen geradezu zu einer physischen Qual gestalteten. Herr Klein hielt eine kurze und sehr zahme Rede. Er lobte die konservativ-liberale Paarung und ihre Schöpfungen — Reichsvereinsgesetz, Milderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen, Schnapssteuer —, redete einiges gegen den schwarzblauen Block, begeisterte sich für Kolonien, Heer und Marine in der allbekannten Form und suchte zum Schluß Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegen einanderzuhetzen, was ihm selbstverständlich nicht Beifall, sondern lebhaften Widerspruch eintrug. So meinte er, warum denn die Gewerkschaften gerade die sozialdemokratische Presse gebrauchen müßten. Das fragt man Lübecker Arbeiter! Als er zum Schluß aufforderte, nach Überzeugung und Gewissen zu wählen, scholl ihm prompt entgegen: Schwartz! Als erster Diskussionsredner nahm Genosse Kasch das Wort. Er sei in der angenehmen Lage, Klein fast ausschließlich durch dessen eigene Parteigenossen zu widerlegen. Klein habe eingangs die konservativ-liberale Paarung und den Bülowblock erwähnt, sei aber reichlich rasch über dieses interessanteste Kapitel der politisch-parlamentarischen Geschichte der letzten fünf Jahre hinweggegangen. Das müsse nachgeholt werden. Redner gab dann die interessante Schilderung der liberalen Blockblamage, die wir bitten, im heutigen Leitartikel nachzulesen, und führte ferner aus: Klein sei auf die Milderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen eingegangen, die für ihn eine liberale Errungenschaft sei. Ein Abgehen von der bisherigen Übung sei aber nach dem Urteil aller Sachverständigen dringend geboten gewesen im Interesse der „Majestäten“. Heute sperre man solches „Verbrechens“ wegen keine Bettler mehr ein, die der Hunger zwinge, sich ins Gefängnis zu flüchten, auch keine Kontrollmädchen, die im Rausche Majestäten beleidigten, wohl aber verstehe es der Staatsanwalt nach wie vor sehr gut, politisch unbequeme Menschen zu fangen. Das geschehe noch genau so wie früher. (Sehr richtig!) Die Erleichterung kommt moralisch Minderwertigen, nicht der politischen Überzeugung zugute. Klein begrüßte auch die Schnapssteuer. Der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig habe durch den Schnapsboykott die einzig richtige Konsequenz gezogen. Über den Schnapsgenuß zu verhindern, sei doch nicht der Zweck der Schnapssteuer gewesen, es sollten patriotische Zwecke erreicht, der Staatssäckel sollte gefüllt werden. Wollte die Sozialdemokratie im Sinne der Regierung handeln, dann dürfte sie nicht sagen: Meidet den Schnaps! — sondern: Kinder,

saufen . . . Schnaps, der Staat braucht mehr Soldaten! Im Interesse der großen Masse liege der Schnapsgenuß gewiß nicht, aber wenn man beim Schnaps anfange, dürfe man nicht Halt machen vor den alkoholischen Getränken, die die „Besseren" trinken, vor Wein, Champagner usw. Herr Klein müsse doch auch wissen, daß vor dem Krach im Bülowblock die Liberalen in der Reichsfinanzkommission die Schnapsliebesgaben noch höher bemessen wollten als selbst die Junker forderten! In der Kolonialfrage Kleins Eideshelfer zu spielen, lehne die Sozialdemokratie ab. Sie halte es da nach wie vor mit Kleins Parteigenossen Bayer, der 1906 erklärte: „Nie hat ein Land soviel für Kolonien aufgewendet, wie wir, und so wenig daraus gezogen. Die Frage ist, ob man nicht wenigstens die ganz gottverlassenen Gebiete aufgeben sollte." Die Sozialdemokratie habe nicht die mindeste Ursache, die Mauserung des Freisinns in der Kolonialpolitik nachzumachen. Redner wandte sich dann gegen Kriegshetze und Kriegsrüstung und zitierte zunächst den englischen Liberalen de Forest, dessen beachtenswerte Ausführungen unsere Leser im heutigen Leitartikel der Beilage finden. Er verwies weiter auf die vor einigen Tagen von uns wiedergegebenen Äußerungen des alten Träger und hielt schließlich Herrn Klein dessen intimen Parteifreund, den alten Schrader, entgegen, der dieser Tage im „B. T." unter anderen Forderungen an den Reichstag folgende stellte: „Wahrung der Machtstellung des Reiches **nicht durch fortwährend gesteigerte, aber wirkungslose, weil von anderer Seite erwiderte Rüstungen,** sondern durch eine konsequente, auf Herstellung und Erhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern gerichtete auswärtige Politik." Das sei das genaue Gegenteil von dem, was Klein predige! Redner holte dann nach, was Klein vergessen: Die Stellung der Sozialdemokratie zur Sozialgesetzgebung. Er legte dar, wie sich die Parteien verhalten, wie sie gewirkt und aus welchen Motiven sie für oder wider gestimmt und betonte mit Nachdruck, daß es eine politische Ungehörigkeit sondergleichen sei, wenn heute die Freisinnigen der Sozialdemokratie eine berechtigte und notwendige Tat zum Verbrechen stempelten, die sie selbst auch auf dem Gewissen hätten. Zum Schluß bemerkte Redner: Klein wirft uns vor, unser Programm enthalte meistens alte liberale Forderungen. Schlimm genug, daß die Liberalen ihre Prinzipien verraten und verleugnen und wir uns ihrer erbarmen müssen! Mich hat Klein einen Liberalen genannt. Gewiß — ich bin es, aber Klein ist es nicht! Ich bin Liberaler, eben weil ich Sozialdemokrat bin! Und als Liberaler fordere ich Sie alle auf, Klein nicht zu wählen, weil er kein Liberaler ist. (Stürmischer Beifall.)

Löwigt: Kasch hat alles widerlegt, was Klein ausführte, aber es ist noch ein gut Teil zu sagen über das, was Klein nicht erwähnte. Es ist noch nicht lange her, daß die „Lüb. Anz.", ein Blatt, das nationalliberal zu sein vorgibt, dem aber auch Klein schon Artikel zugeführt hat, schrieben, Herr Klein sei sehr zum Leidwesen der leitenden „Genossen" in eine sozialdemokratische Versammlung gegangen. Diese sähen das nicht gern. Herr Klein ist tatsächlich in einer Versammlung erschienen. Ich hätte gewünscht, er würde auch morgen abend ins Gewerkschaftshaus kommen, denn die Ledebour-Versammlung wird zweifellos noch stärker besucht sein, als die heutige. Klein hat es vorgezogen, eine andere Versammlung anzusetzen; das ist zwar sein gutes Recht, aber der Vorwurf, den er uns in den Stadthallen gemacht hat, wir setzten zu gleicher Zeit mit den Bürgerlichen Versammlungen fest, um die Genossen an der Teilnahme an letzteren zu verhindern, fällt jetzt auf die Hinterleute Kleins zurück. Dieser sprach das berühmte Wort, die leitenden Genossen fürchteten, daß die Arbeiter von Klein über die Sozialdemokratie die Wahrheit hörten. Haben Sie heute etwas davon gemerkt? Ich war neugierig darauf. Klein hat in andern Versammlungen mancherlei über die Sozialdemokratie erzählt, besonders in der Stadthallenversammlung, wo er über die Schlechtigkeit des Volksbotentones und die Bösartigkeit der Sozialdemokratie loszog. Er hatte ein Lied gefunden, ein Gedicht — das auch nicht meinem Geschmack entspricht — das von Kindern bei einer Weihnachtsfeier gesungen wurde. Es bezog sich in keiner Weise auf Lübeck. Klein konstruierte daraus, Herr Stelling habe die Festrede gehalten und folglich sei das Gedicht eins der sozialdemokratischen Partei. Es ist unwahr, daß Stelling auf diesem Gewerkschaftsvergnügungen die Festrede gehalten hat. Damit hatte die Sozialdemokratie nichts zu tun. Doch die Wähler sollten irregeführt werden, und deshalb schnitt Klein diese Sache an. Er ging noch weiter und mahnte im Anschluß an dieses Gedicht die Lübecker Gefängnisbeamten, sie möchten sich bei der Wahl merken, daß man sie als „Henkersknechte" bezeichne. Dabei ist Herrn Klein genau bekannt, daß in der Bürgerschaft mein Freund Stelling wiederholt für die Besserstellung der Gefängnisbeamten eingetreten ist. Und dann sagen Sie, Herr Klein, die Sozialdemokratie nennt die Gefängnisbeamten Henkersknechte! (Am Vorstandstisch wird dagegen protestiert, daß der Redner die Bürgerschaft hereinzieht.) Heute steht selbstverständlich alles auf der Tagesordnung, was Kklein im Wahlkampf erörtert hat! Klein hat behauptet, wir hätten in der Bürgerschaft nichts geleistet. Dabei weiß er genau, daß die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft an jedem Senatsantrag mitgearbeitet haben, wie jeder andere. Und wenn dieses allein ihre Arbeit gewesen wäre, durfte er nicht sagen, wir hätten nichts getan. Er allein kann auch nur wenig ausrichten, und für die arbeiterfeindlichen Taten seines Parteigängers und derjenigen, die mit ihm in den Reichstagswahlkampf ziehen, ist er mitverantwortlich und mitschuldig. Klein frug, was die Sozialdemokratie in der Bürgerschaft speziell für die Arbeiter geleistet habe. Da ist es denn doch interessant, was sie in den sechs Jahren, die sie der Bürgerschaft angehört, tat. Klein muß davon unterrichtet sein, was geschehen ist. Er weiß, daß wir für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zur Bürgerschaft für alle 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts wiederholt eingetreten sind. Wissell stellte schon vor sechs Jahren einen diesbezüglichen Antrag. Klein behauptete in den Stadthallen, daß nur Stelling ein einziges Mal den Antrag gestellt habe. Er mußte wissen, daß schon Wissell das tat! Herr Aug. Pape wird das bestätigen, er ist in dieser Frage immer mit uns gegangen. Andere Liberale sind dagegen aufgetreten. Man kann ja der Ansicht sein, unser Antrag sei zu weitgehend, auch Klein steht auf dem Standpunkt. In den sechs Jahren wäre aber Zeit genug gewesen, von liberaler Seite einen Antrag etwa für 25jährige einzubringen. Diese Ansichten Kleins stehen eben nur auf dem Papier, zu verwirklichen suchen die Liberalen sie nicht. Es ist weiter bekannt, daß extra, um einen Vorsitzenden mit großem Namen für die Freisinnige Volkspartei zu gewinnen, der Wahlrechtspassus für die Einzelstaaten aus dem Programm gestrichen wurde. Wenn Klein ein warmer Reichstagswahlrechtsfreund wäre, müßte er diese Wärme auch für die Einzelstaaten bekunden. Klein behauptet kühn, wir wären selbst schuld an dem Wahlrechtsraub, weil wir — — — zu stark geworden seien! Das sind die gleichen Argumente, die in Preußen die Junker anwenden, wenn sie dort das allgemeine Wahlrecht ablehnen. Klein behauptet ferner, wir leisteten auf dem Gebiete der Sozialpolitik nichts. Dabei wurde tatsächlich in Lübeck diese erst angeschnitten, als wir in die Bürgerschaft eintraten. Wir stellten Anträge auf Säuglingsfürsorge, Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter, Schutz der Arbeiter durch die Gewerbeinspektion, Errichtung einer Hafeninspektion usw. Wenn unsere Anträge nicht durchgeführt worden sind, sind jene Leute schuld, die hinter Klein stehen. Klein legte sich auch für die Gewerkschaften ins Zeug. Als aber die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft den Antrag stellten: „Bei Vergebung der städtischen und staatlichen Arbeiten sind die Privatunternehmer anzuweisen, die mit den Gewerkschaften vereinbarten tariflichen Bedingungen einzuhalten", plädierte Landgerichtsdirektor Meyer, Kleins intimster Freund, dagegen. (Zuruf: Pfui!) Sie haben also nicht einmal das Einfachste, Praktischste, das jeder Liberale tun sollte, geleistet! Der Antrag wurde abgelehnt! Und dann stellt man sich hin und sagt, die — Sozialdemokratie leiste nichts für die Arbeiter! Als es sich um die Teuerungsfrage handelte, war Klein derjenige, der den sozialdemokratischen Antrag auf Schaffung wirksamer Maßnahmen gegen die Teuerung bekämpfte. Er erklärte in der Bürgerschaft, daß er nicht auf dem von Stelling geschilderten Standpunkt stehe. „Es gibt," so sagte er, „eine Reihe Artikel, die, wie mir gesagt wurde, nicht teurer geworden sind." Wenn man derartiges in solcher Form vorbringt, muß jeder sich sagen, daß ein solcher Mann keine wirksamen Maßnahmen will. In derselben Bürgerschaftssitzung hat Herr Hauptlehrer Reimpell ausdrücklich die Teuerung zugegeben und erklärt, daß in vielen Familien eine Unterernährung herrsche. Das sieht ein Schulvorsteher doch an den Kindern! In Schlutup hat dem Landgerichtsdirektor Meyer eine Äußerung Mehrleins nicht gefallen. Heute abend steht in der Lübecker bürgerlichen Presse, Mehrlein habe einen Zurückzieher gemacht. Das ist nicht wahr! Ich kann diese Sache mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen verbinden, für die sich Herr Klein als warmer Freund aufgespielt hat. Allerdings dürfen sie nach seiner Meinung nicht sozialdemokratisch sein. Der bei seinem Ausspruch gefallene Zwischenruf: „Der kennt nichts davon", trifft den Nagel auf den Kopf. Klein kann sich absolut nicht in die Gedanken eines Mannes versetzen, der gezwungen ist, seine Existenz aufs Spiel zu setzen, um eine Besserung für seine Familie herbeizuführen. Klein sagte, am liebsten wäre es ihm, die Gewerkschaften würden liberal. Den Gefallen werden ihm die Arbeiter nicht tun! Er frug, was die Gewerkschaften von der Sozialdemokratie hätten. Nun — sie sind aufeinander angewiesen und können nur miteinander Erfolge erzielen! Herrn Klein wurde schon zugerufen, daß die Gewerkschaften auf die sozialdemokratische Presse angewiesen sind. Herr Klein frug naiv, weshalb auf die sozialdemokratische. Weil eine andere Presse die Forderungen der Arbeiter nicht vertritt. Kein anderes Blatt in Lübeck außer dem „Volksboten" ist für die Arbeiter eingetreten, wenn sie im Kampfe waren. (Zurufe: Besudelt, beschmutzt haben sie uns.) Rexhäuser wurde angeführt. Dieser ist als Redakteur niemals dafür eingetreten, die Buchdrucker sollten sich als Arbeiter nicht sozialdemokratisch betätigen. Nur als Gewerkschafter sollten sie neutral bleiben. Niemals hat Rexhäuser etwas gesagt, was darauf hinweisen könnte, die Buchdrucker sollten nicht sozialdemokratisch sein. Die Buchdrucker sind in ihren Herzen genau so gut Sozialdemokraten wie alle andern Gewerkschaften, sie können nur von der Sozialdemokratie auf tatkräftige Unterstützung rechnen. Alle Gewerkschaftsblätter weisen jetzt die Mitglieder darauf hin, so zu wählen, wie es ihre Pflicht ist, nämlich sozialdemokratisch! Ich betone nochmals: Klein ist nicht imstande, sich in die Köpfe derer zu versetzen, die für sich und ihre Familie die Existenz aufs Spiel setzen. Jetzt komme ich auf die lübeckische Justiz zu sprechen. Landgerichtsdirektor Meyer hat es gestern weit von sich gewiesen, daß in Lübeck eine Klassenjustiz herrsche. Das Gefühl haben aber die Arbeiter, daß sie besteht und zwar aus gutem Grunde! (Zuruf: Hoppenstedt!) Im Jahre 1896 stand im „Volksboten" ein kleiner Artikel, für den unser Redakteur **18 Monate Gefängnis** erhielt. (Zuruf: Pfui!) Da sollte man glauben, es sei die Göttin Gerechtigkeit gewesen, die ein solches Urteil schuf? Hier neben neben dem Versammlungslokal sieht die Thielsche Fabrik. Die Arbeiter kennen den Kampf, der 1896/97 entbrannte, als die Thielschen Arbeiter einem gemaßregelten Kollegen zum Rechte verhelfen wollten. Mehr als **zwanzig Jahre Gefängnis** wurden damals über Arbeiter verhängt, die in berechtigter Notwehr handelten. Und um Bagatellen! Und da sollten die Arbeiter an eine vorurteilslose Justiz glauben? Klein freilich ist von der Güte der Justiz überzeugt. Es war nach der Wahl 1907. Wenige Tage vorher hatte die Hoppenstedtkammer streikende Holzarbeiter abgeurteilt, weil sie durch die Menge gegangen waren und den Arbeitswilligen zugerufen hatten: Kollegen, hier wird gestreikt! Gegen die unbescholtenen Leute wurden wochenlange Gefängnis- und Haftstrafen ausgesprochen. Der „Volksbote" kritisierte das Urteil nach Gebühr. Alle Arbeiter waren über dieses Urteil aufs höchste empört. Herr Klein aber sagte, der „Volksbote" hätte sich über die „hochverdiente Person unseres Landgerichtspräsidenten" beschimpfend ausgelassen! Klein hatte nur Worte gegen die Kritiker, nicht gegen das ungeheuerliche Urteil. Klein hat eine besondere Vorliebe für die Buchdrucker. Da ist es doch ganz gut zu erfahren, wie die freisinnige Presse urteilt, wenn die Buchdrucker in den Streik treten. Im großen Buchdruckerstreik im Jahre 1891 schrieb die „Freisinnige Zeitung":

„. . . Hiernach kann es für keinen Unbefangenen mehr ein Zweifel sein, daß es sich in diesem Streik allgemein darum handelt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu vertreten gegenüber einer frechen sozialdemokratischen Kriegserklärung. Diejenigen Buchdruckereibesitzer, welche unter solchen Umständen noch die Forderungen der Streikenden bewilligen, machen sich der Begünstigung der Sozialdemokratie und der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung schuldig."

Das ist das Urteil, das Freisinnige über die Buchdrucker fällen, wenn sie selbst zu bezahlen haben. So stehen sie allen gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber. Als die Berliner Maurer den Achtstundentag forderten, schrieb das „Berliner Tageblatt":

„Die Maurer verlangten den achtstündigen Arbeitstag. Diese Forderung ist gerade im Maurergewerbe durchaus unbegründet. Der Maurer ist ein Saisonarbeiter; während des Winters muß er notgedrungen längere oder kürzere Zeit feiern. Ein Haus, das nicht rechtzeitig zum Herbst fertig wird, muß in diesem unfertigen Zustande bis zum Frühjahr liegen bleiben. Der Bauarbeiter selbst hat während des Winters Zeit genug zur Erholung."

Ich weise nur auf dieses hin. Klein wird immer sagen: ich will! Sehen Sie sich doch die Leute an, die ihn aufgestellt haben. Dann werden Sie nicht Worten trauen, die niemals verwirklicht werden: Wählen Sie den Mann, der durch die Tat beweisen kann und bewiesen hat, daß er es ehrlich meint, meinen Freund Theodor Schwartz, der ein Leben lang, bald 50 Jahre, im Dienste der Arbeiterschaft gestanden hat, der auch sein Leben im Dienste des Kapitals wiederholt aufs Spiel setzte! Der fühlt mit Ihnen, dem allein gebührt die Stimme. Klein und andere suchen auf alle Art den Erfolg. Gestern warnn in 33 Bezirksversammlungen etwa 1000 Leute versammelt. Es waren sogar unsere Bezirksvorsteher dazu eingeladen. (Zuruf: Es mußten doch auch Fachleute da sein!) Das eine hat eben diese Wahlbewegung gezeigt: Für Klein will keiner in die Bresche springen. Ich habe mich über seine Arbeit gewundert, er leistet das menschenmögliche, er ist der einzige, der für Klein Propaganda macht. Alles scheint sich zu genieren, für einen gewöhnlichen Postsekretär einzutreten. Dort scheint man auf Standesunterschiede zu sehen. Uns steht Klein als Mensch auf der gleichen Stufe, wie ein Fabrikbesitzer, aber seine Klassengenossen urteilen offenbar anders, da zählt Klein nicht recht mit. Die Vertrauensleute der Arbeiter werden dafür sorgen, daß wir uns am 12. Januar alle freuen können, daß Klein ganz klein und — daß es ihm schwarz vor Augen wird. (Stürm. Beifall.)

Nachdem Herr Aug. Pape bemerkt, daß er für die Arbeiterforderungen in der Bürgerschaft eingetreten, daß aber mit der Wahlrechtsfrage nicht viel zu machen sei, nahm Herr Klein das Schlußwort, worin er sofort über den entsetzlich schlechten Ton zu schelten begann, um sich dann — unglaublich, aber war! — darüber zu beschweren, daß man ihn immer bei seinem Vornamen nenne! Als er in diesem Zusammenhang von dummen Jungen redete, bemächtigte sich der Versammlung eine gewaltige Erregung, der Sozialistenmarsch brauste durch den Saal, und das Schlußwort mußte fortfallen. Nur langsam verließen die Massen in tiefer Aufregung den Saal.

Aus dem ersten oldenburgischen Wahlkreis. Die Agitationstour, die gegenwärtig Genosse Stelling durch das Fürstentum Birkenfeld unternimmt, liefert den Beweis, daß jene Gegend, die meist den Reaktionären sichere Majoritäten lieferte, sich von diesem geistigen Joche energisch zu befreien beginnt. Die Versammlungen sind ausnahmslos sehr stark besucht und nehmen einen glänzenden Verlauf. — Auch Herr Ahlhorn wirkt im Süden. Er geht aber nur auf die Dörfer, im Hauptort Oberstein will er angeblich überhaupt nicht reden; vermutlich weil dort doch für ihn Hopfen und Malz verloren ist.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Januar 1912 22 657 Mitglieder gegen 20 773 im Jahre 1911. Auf Männer entfielen davon 15 590 (1911 14 135), auf Frauen 7067 (1911: 6638). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Dezbr. 1911: Männer 417 (1910: 425) und Frauen 275 (1910: 281). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Dez. 2012 (1910: 1816) erteilt. Sterbegeld wurde im Dezbr. für Mitglieder in 18 Fällen, für Angehörige in 32 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 19 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Dezbr. 9 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

pb. **Diebstähle.** Am 22. v. M. ist vor den Posträumen am Hauptbahnhof ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach unten gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 11 463 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. — In der Nacht vom 3. zum 4. d. M. sind aus einem an der Hohelandstraße belegenen Neubaue folgende Sachen gestohlen worden: 2 alte graue Arbeitshosen, 1 weiße Drillichjacke, 1 blaue Trikotbluse, 3 fast neue blaue Schürzen, 1 grau-grünliches Arbeitsjackett und ein Sack mit schwarzen Marmorkörnern für Terrazzoarbeiten.

Neues Stadttheater. Der verlorene Sohn (l' enfant prodigue), die bekannte Pantomime von Carré und Wormser, welche des letzteren Namen schnell zu einem weltberühmten gemacht hat, ist hier seit längerer Zeit nicht aufgeführt worden. Der Erfolg des Stückes beruht hauptsächlich auf der wundervollen musikalischen Charakteristik der einzelnen Figuren und der lebendigen Schilderung, welche das Fehlen des gesprochenen Textes vollständig vergessen läßt und von so packender Wirkung ist, daß man die Handlung in allen ihren Einzelheiten erfaßt. Der Inhalt des Stückes dreht sich um die altbekannte Episode: Der Sohn des Pierrot-Paares verliebt sich in die hübsche, leichtfertige Phrynette, die scheindar seine Liebe erwidert, in der Tat aber eine ganz raffinierte Kokette ist, deren Sinn nur am Glanz und Golde hängt. Sie verlockt den jungen Burschen, seine Eltern zu bestehlen, zu entfliehen, aber nicht genug damit, verlangt sie, seine Liebe schnöde zurückweisend, für ihre Extravaganzen Geld und wieder Geld, und er gibt in der Verblendung seiner Liebe alles was er hat und wird in der Verzweiflung schließlich zum Falschspieler. Sie betrügt ihn mit einem alten reichen Roué. Auf die Bahn des Verbrechens gedrängt, kehrt er gänzlich verarmt zu den Eltern zurück. Von der Schwelle schroff zurückgewiesen, erkennt er endlich seine furchtbare Schmach und erbittet voller Reue Aufnahme in die Armee um als Soldat seine Schuld zu sühnen. Mit dem elterlichen Segen findet das Werk einen versöhnlichen Schluß. Dies in kurzen Zügen die Grundidee der spannenden Handlung Mich. Carres. Die entzückende geistvolle Musik Wormsers unterstützt jede mimische Bewegung auf das wirkungsvollste und reißt den Zuschauer so mit sich fort, daß er die Episode zu erleben glaubt. Das Orchester ist mit seltener Eigenart zusammengesetzt. Um den in der Mitte des Orchesters gedachten großen Flügel gruppieren sich Streichquartett, Flöte, Hoboe, Klarinette, Fagott, Trompete, sowie Pauken und Trommel. Das Werk ist u. a. mit glänzendem Erfolge im Beisein des Komponisten von Hermann Gura im Neuen königl. Operntheater in Berlin im Sommer 1910 aufgeführt und zwar unter der Direktion des Kapellmeisters Siegfried Blumann, welcher auch hier die musikalische Leitung, sowie den im Orchester dominierenden Klavierpart übernommen hat. Hierauf folgt Mozarts reizendes Jugendwerk, die kleine Operabuffa „Bastien u. Bastienne", welche erst kürzlich bei dem Gastspiel der Münchener Marionetten in Hamburg einen so beispiellosen Erfolg errang.

Itzehoe. Niedergebrannt ist in der Nacht zum 4. d. M. das große Gewese des Hofbesitzers de Fries in Kronsmoor. Es sind hierbei 26 Stück Hornvieh in den Flammen umgekommen. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Hadersleben. Feuersbrunst. In der Nacht zum 4. d. M. ist der Besitz von Hans Refsund vollständig niedergebrannt. Das gesamte Mobiliar verbrannte. Reichlich 30 Stück Hornvieh, 5 Pferde und 30 Schweine kamen in den Flammen um. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. **LÜBECK** Holstenstr.

Inventur-Ausverkauf 1912

Zum Verkauf gelangen Restbestände aus der
:: Inventur und andere Gelegenheits-Posten. ::

Sensationell billig, wie nie zuvor!

Mit hohen Verlust-Preisen, teilweise bis 75 Prozent ermässigt:

Unter anderem:

Damen-, Herren- u. Kinder-Konfektion. — Kleiderstoffe in Wolle und Seide. — Damen-Hüte. — Leinen- u. Baumwollwaren jeder Art. — Leibwäsche. — Schuhwaren. — Handschuhe. — Strümpfe. — Trikotagen u. Wollwaren. — Gardinen u. Teppiche. — Möbel. — Haus- und Wirtschafts-Artikel.

Wir bitten um Besichtigung unserer Schaufenster!

Rabattmarken :: werden, mit wenig Ausnahmen, auch auf die zum Ausverkauf gestellten Waren verabfolgt! ::

Lebensmittel bester Qualität:

Eine Ladung Valencia-**Apfelsinen** Dutzend **30** ₰

James Keillers Frischobst-**Marmelade** Pfund **35** ₰

Besonders preiswert **Kakao** Spezialmarke „Holland" garantiert rein . . Pfund **75** ₰

Besonders preiswert **Schweineschmalz** garantiert rein . . . Pfund **65** ₰

Gemüse-Konserven

	1 Pfd.	2 Pfd.
Schnittbohnen	—	29 ₰
Wachsbohnen	29 ₰	48 ₰
Erbsen und Karotten	31 ₰	54 ₰
Gemischtes Gemüse	35 ₰	60 ₰
Junge Erbsen, fein	39 ₰	68 ₰
Junge Erbsen, extra fein	54 ₰	95 ₰
Suppenspargel	38 ₰	62 ₰
Brechspargel	53 ₰	95 ₰
Stangenspargel	72 ₰	1.30
Stangenspargel, extra prima	88 ₰	1.62

Frucht-Konserven

	1 Pfd.	2 Pfd.
Pflaumen, süßsauer	38 ₰	60 ₰
Pflaumen, süß ohne Stein	38 ₰	60 ₰
Mirabellen	45 ₰	80 ₰
Reineclauden	55 ₰	88 ₰
Birnen	43 ₰	75 ₰
Kirschen mit Stein	45 ₰	80 ₰
Kirschen ohne Stein	60 ₰	1.05
Aprikosen	75 ₰	1.40
Erdbeeren	60 ₰	1.05
Gemischte Früchte	62 ₰	1.05

Kolonialwaren

Reis	Pfund 19 u. 15 ₰
Reismehl	Pfund 17 ₰
Weizenmehl	Pfund 16 ₰
Grüne Erbsen	Pfund 23 ₰
Splitt-Erbsen	Pfund 24 ₰
Rundbohnen	Pfund 23 ₰
Linsen	Pfund 28 ₰
Julienne Suppengrün	Pfund 100 ₰
Back-Pflaumen	Pfund 45 ₰
Back-Birnen	Pfund 23 ₰

Fettwaren etc.

Geräucherter Schweinskopf	Pfund 55 ₰
Rauchstücke	Pfund 85 ₰
Grobe Landmettwurst	Pfund 85 ₰
Elmshorner Landwurst	Pfund 120 ₰
Preetzer Zervelatwurst	Pfund 120 ₰
Gekochte Mettwurst	Pfd. 95 ₰
Hildesheimer Leberwurst	Pfd. 100 ₰
Land-Leberwurst	Pfd. 70 ₰
Sardellenwurst	Pfd. 100 ₰
Delikateß-Sülze	Pfd. 80 ₰

Prima junges **Rindfleisch** Bratenstücke Pfd. 75 ₰ Pfd. **65** ₰

Prima junges **Schweinefleisch** Brat. u. Karb. m. Fett 75 ₰ Pfd. **65** ₰

Prima junges **Hammelfleisch** Rücken u. Keulen 80 ₰ Pfd. **70** ₰

Frisches Rinder- u. Schweine-**Hack** Pfund **80** ₰

Mit dem Ausstoss

unseres bisher so beliebten

Bockbiers

beginnen wir **Freitag, den 5. d. Mts.,** und bitten unsere verehrten Kunden und Gönner um gefl. Aufträge.

Lübecker Vereins-Brauerei, e. G. m. b. H.

Telephon 8963. Telephon 8963.

Pa. geräuch. Schweinsbacken ohne Knoch. per Pfund 65 ₰

Pa. Schweinefleisch	per Pfd. 50 ₰	Pa. ger. Schweinsk.	per Pfd. 45 ₰
„ Schweinefl., Bratenst.	„ 65 „	„ kleine Rauchstücke	„ „ 80 „
„ junges Rindfleisch	„ 70 „	„ weißes Schmalz	„ „ 60 „
„ Kalbfleisch	„ 60 „	„ Kohlwurst	„ „ 70 „

Pa. Leberwurst, Hausmacher, delikat von Geschmack **per Pfd. 80 ₰**

Pa. geräucherten fetten Speck, kernige Stücke von 1—2 Pfd. **per Pfd. 60 ₰**

M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Backobst gemischt	Pfd. 50 ₰	Schokolade	Pfd. 60 u. 70 ₰
Pflaumen	Pfd. 33 u. 40 „	Kakao	„ 75 u. 95 „
Ringäpfel	Pfd. 55 „	Gebr. Gerste	Pfd. 20 „
Pfirsiche	„ 65 „	10 Pakete Puddingpulver	45 „
Aprikosen	„ 90 „	Meiereibutter	Pfd. 145 „
Brünellen	„ 90 „	Weißes Schmalz	„ 65 „
Saure Kirschen	„ 60 „	Schmalz in Blasen	„ 75 „
Fliederbeeren	„ 60 „	Kokosnußbutter	„ 60 „
Bickbeeren	¼ „ 25 „	Speck, fett u. mager	„ 80 „
Feigen	Pfd. 24 u. 30 „	Rauchstücke	„ 85 „
Hagebutten	Pfd. 75 „	7 Eier	60 „
Aepfel in Stücken	„ 55 „	Margarine	Pfd. 60, 70, 75 „
Gesch. Birnen	„ 50 „	2 Pfd. Zwiebeln	25 „
Birnen mit Schale	„ 30 „	Magdb. Sauerk. 15, 10 Pfd.	120 „

Eduard Speck, Hüxstraße 80 und 82.

Holsten-Automat G. m. b. H. Holstenstr. 14. Warme und kalte Speisen. Feinste belegte Brötchen 10 Pf. Helles und dunkles Bier 10 Pf. Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen. **Fr. Brockstedt,** Geschäftsführer.

Fritz-Reuter-Kalender

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Käse-Lager Schlumacherstr. 12. Verkauf auf der Diele.

Große Posten **Tilsiter Fettkäse** Pfund **20** bis **30** Pfg.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 4. Freitag, den 5. Januar 1912. 19. Jahrg.

Ein englischer Liberaler über die internationale Kriegshetze.

Zu einer Zeit, wo alle bürgerlichen Parteien in Deutschland von einem wahren Kolonialfieber ergriffen zu sein scheinen, die sie entweder zu Komplizen oder zu widerstandslosen Werkzeugen der skrupellosesten Kriegshetzer und Flottentreiber macht, bricht sich in England auch in bürgerlichen Kreisen die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß die ganze heutige Weltpolitik im Interesse einer kleinen Gruppe internationaler Ausbeuter und Spekulanten und zum Schaden der breiten Massen aller beteiligten Völker betrieben werden wird, und daß es auf diese Weise nicht länger weitergeht, wenn die europäische Zivilisation von einer furchtbaren Katastrophe bewahrt werden soll. Sehr bemerkenswert sind die Ausführungen, die der liberale Abgeordnete Baron de Forest in einer der letzten Sitzungen der eben abgeschlossenen Parlamentssession im englischen Unterhause machte. Sie rechtfertigen in schlagender Weise den Standpunkt, den die internationale Sozialdemokratie seit jeher in der Frage der kapitalistischen Weltpolitik eingenommen hat.

Baron de Forest sagte unter anderem: „Aus der Rede, die der Staatssekretär des Äußeren Sir Edward Grey vor drei Wochen gehalten hat, ist es völlig klar, daß England und Europa im Laufe des letzten Sommers an den Rand des Krieges gebracht wurden, und das als Ausfluß eines Kampfes zwischen der französischen und der deutschen Regierung um die politische Vorherrschaft in Marokko. England hätte sich jeden Augenblick des Sommers in einem Kriege finden können aus einem Grunde und zu einem Zwecke, die wenige von tausend begriffen hätten, obschon Tausende, ja Millionen von Menschen mobilisiert worden waren, um einander abzuschlachten. Weder in England noch in einem anderem Lande ist ein Versuch gemacht worden, klarzumachen, welche Interessen die Völker hätten verteidigen sollen.

Die Rede Sir Edward Greys enthielt einen Satz, der nicht die gebührende Beachtung gefunden hat. Er äußerte die Ansicht, daß man in einigen Jahren die Bilanz der Gewinne und Verluste, die diese Unterhandlungen Frankreichs und Deutschlands gebracht haben, als von sehr geringfügiger Bedeutung betrachten wird. Ich gehe aber weiter und sage, daß sehr viele Leute sowohl in Frankreich und Deutschland wie in England schon jetzt dieser Ansicht sind. Ich glaube nicht, daß wir uns vergegenwärtigen, wie verschieden die Wertmaßstäbe sind, die die diplomatische Welt und die großen Volksmassen anwenden. Der Diplomat glaubt sich in einem ewigen Wettkampf mit den Diplomaten anderer Länder zu befinden, bei dem die persönliche Geschicklichkeit den Anschlag gibt. Sie konzentrieren alle ihre Gedanken auf den nächsten Schachzug, der dadurch eine Bedeutung gewinnt, die in keinerlei Verhältnis steht zu dem Grundsatz, um den es sich handelt; die Hauptsache ist, daß man das Spiel gewinnt. Wenn man es aber verliert, oder wenn beide Teile einander schachmatt machen, dann werden die finanziellen Kräfte und sogar das Leben der Völker angerufen, um den Erfolg zu erzielen, den die Diplomaten verfehlt haben. Jeder Abgeordnete, der mit seinen Wählern in Führung ist, muß erkannt haben, mit welch wachsender Ungeduld die Massen des Volkes diesen Zustand betrachten. Die Völker protestieren dagegen, zum Spielzeug der Diplomaten gemacht zu werden. In allen Ländern fragen sie sich, ob diesen diplomatischen Kämpfen wirklich die ihnen zugeschriebene Wichtigkeit zukommt, ob ein Sieg in diesen Kämpfen der Nation überhaupt Vorteil bringt, ob eine Niederlage tatsächlich einen Verlust darstellt und ob das ganze Spiel die Kerze wert ist.

Wie steht es mit Frankreich und Deutschland in diesen Marokkoverhandlungen? Das Ergebnis ist, daß Frankreich die von ihm erstrebte politische Vorherrschaft in Marokko gewinnt und daß Deutschland als Kompensation gewisse Gebiete im französischen Kongo erhält. Da sind die Gewinne und Verluste, die in der Sprache der Diplomaten einander das Gegengewicht halten sollen. Aber die Frage, die mir bei meinen Wählern und während meiner Reisen im Sommer am europäischen Festlande am häufigsten begegnet ist, ist nicht, ob diese Gewinne und Verluste einander das Gegengewicht halten, sondern ob sie überhaupt als Gewinne und Verluste im wahren Sinne betrachtet werden können. Welchen Vorteil wird das französische Volk aus der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Marokko haben, und welchen Nutzen wird die Erweiterung der deutschen Kontrolle im Kongo dem deutschen Volke bringen? Ich gebe zu, daß die politische Kontrolle Frankreichs über Marokko die militärische Macht Frankreichs in Nordafrika stärken wird, indem sie Frankreich gewisse strategische Vorteile bieten wird. Aber das scheint mir an sich kaum ein Gewinn zu sein. Militärische Stärke ist an sich kein Vorteil, und der Satz, daß wir unsere militärische Stärke dazu benutzen sollen, um weitere militärische Stärke zu gewinnen, und so ohne Ende und zu keinem anderen Zwecke, scheint mir eine absurde Idee. Wenn die militärische Stärke überhaupt irgend welchen Wert haben soll, dann muß sie ein Mittel zu einem Zwecke sein.

Wenn wir also die einzig denkbaren Ursachen erklären wollen, die ein Volk gegen das andere zum Kriege treiben können, müssen wir uns jenen „großen ökonomischen Vorteilen" zuwenden, von denen wir so viel hören, und jenen wirtschaftlichen Interessen, die alle Völker angeblich erhalten, wenn ihre Regierungen ihr Herrschaftsgebiet erweitern. Viele Leute haben die vage Idee, daß staatliche Gebietserweiterungen an sich den Reichtum der Bürger des betreffenden Staates vermehren. Man sagt, daß Frankreich zum Beispiel Algier, und Deutschland Kamerun „besitzt", aber unter dem System des Privateigentums haben die großen Massen des französischen und deutschen Volkes keinerlei Anteil an diesen Gebieten. Das Eigentum an dem Grund und Boden oder an den sonstigen Besitzungen jener Gebiete bleibt entweder in denselben Händen, in denen sie sich vor der politischen Änderung befanden, oder die neuen Zustände werden dazu benutzt, das Eigentum in die Hände anderer Personen oder Personengruppen zu übertragen. Ohne Zweifel werden in Marokko französische Syndikate Konzessionen erhalten, und ebenso deutsche Firmen im Kongo, aber diese Syndikate und Firmen stellen in keiner Weise das ganze französische oder deutsche Volk, oder auch nur einen merklichen Teil desselben dar. Es ist widersinnig, daß das Wohlergehen einer ganzen Nation einigen Konzessionären zuliebe aufs Spiel gesetzt werden soll. Es wäre auch ganz unmöglich ohne den fleißig verbreiteten Glauben, daß auf irgend eine sonderbare Weise die Interesse einer deutschen Firma mit denen des ganzen deutschen Volkes unlöslich verknüpft sind.

Was sind aber die Tatsachen? Die Nationalität dieser Konzessionäre kann französisch oder deutsch sein, aber das in den Konzessionen angelegte Kapital ist gänzlich international. Nicht nur ist Kapital nicht speziell in Frankreich oder Deutschland, sondern in den Industrien der Welt im allgemeinen angelegt, sondern diese Konzessionäre sind fast überall von Banken finanziert, die, mögen sie auch formell deutsch oder französisch sein, infolge ihrer täglichen Operationen tatsächlich völlig internationalen und kosmopolitischen Charakters sind. Die Aktien dieser Konzessionsgesellschaften können von jeder Person, welcher Nationalität sie auch angehören, gekauft werden, und sie wird dadurch ein Teileigentum der Konzession. Glaubt jemand etwa, wenn ich mich für eine dieser Konzessionen interessieren und das nötige Kapital vorschießen wollte, daß ich zurückgewiesen werden würde, weil ich weder ein Franzose noch ein Deutscher bin? Natürlich nicht, und selbst wenn die französische oder deutsche Regierung vorschreiben würden, daß nur Franzosen oder Deutsche Teilhaber werden dürfen, könnte ich durch die Vermittlung einer französischen oder deutschen Bank einen Anteil am Unternehmen erhalten. Kurz, Konzessionen gehören nicht, wie allgemein angenommen wird, irgend einer besonderen Nationalität, sondern sind völlig international, kosmopolitisch und ihre Gewinne beschränken sich durchaus nicht auf die Bürger einer Nation.

Nun wird gesagt, daß die Regierungen diese Gebietserweiterungen nicht nur wegen der Konzessionen suchen, sondern weil sie den Handel fördern und das Gebiet erweitern wollen, worin ihre Bürger frei kaufen und verkaufen können. Wenn das wahr ist, wenn diese Regierungen wirklich glauben, daß die Interessen ihrer Bürger durch die Erweiterung des Gebiets, in dem sie frei Handel treiben können, gedient werden, warum schaffen sie denn nicht ihre Zollschranken ab und gestatten dadurch ihren Einwohnern, nicht nur mit diesen beschränkten Gebieten, sondern mit der ganzen Welt freien Handel zu treiben? Sie könnten das leicht tun. Warum tun sie es nicht? Es ist dasselbe wie mit den Konzessionen. Sie wollen nicht einmal die Interessen ihrer ganzen Kapitalistenklasse fördern, sondern nur einigen begünstigten Gruppen neue Privilegien verschaffen. Die allgemeine Ausbreitung der Handelsfreiheit würde auf Kosten der Monopolisten stattfinden, und das darf nicht geschehen. Der Schutz dieser privilegierten Interessen ist das Geheimnis aller internationalen Schwierigkeiten. Überall wird die ganze staatliche Diplomatie das ganze Heer und Flotte dazu benutzt, diese Privilegien zu sichern, die einigen wenigen nützen und der Masse des Volkes in den meisten Fällen direkt schaden und diese Interessen müssen zuerst mit dem Gelde und zuletzt mit dem Blute der Völker wahrgenommen werden. Die Interessen der privilegierten Schichten der einen Nation stoßen auf die Interessen

Mozart auf der Reise nach Prag.

Erzählung von Eduard Mörike.

(4. Fortsetzung.)

„O nicht doch!" sagte die dringende Dame. „Die Lücke läßt sich leicht ausfüllen, überlaßt es nur mir. Geht beide jetzt, erlöst, empfangt den guten Mann, so freundlich und so schmeichelhaft ihr immer könnt! Er soll, wenn wir ihn irgend halten können, heut nicht weiter. Trefft ihr ihn nicht im Garten mehr, sucht ihn im Wirtshaus auf und bringt ihn mit seiner lieben Frau! Ein größeres Geschenk, eine schönere Überraschung für Eugenien hätte der Zufall uns an diesem Tag nicht machen können."

„Gewiß!" erwiderte Max, „dies war auch mein erster Gedanke. Geschwinde, kommen Sie, Papa! Und," sagte er, indem sie eilends nach der Treppe liefen, „der Verse wegen seien Sie ganz ruhig! Die neunte Muse soll nicht zu kurz kommen; im Gegenteil, ich werde aus dem Unglück noch besonderen Vorteil ziehen."

„Das ist unmöglich."

„Ganz gewiß!"

„Nun, wenn das ist — allein ich nehme dich beim Worte — so wollen wir dem Querkopf alle erdenkliche Ehre erzeigen."

Solange dies im Schlosse vorging, hatte sich unser quasi Gefangener, ziemlich unbesorgt über den Ausgang der Sache, geraume Zeit schreibend beschäftigt. Weil sich jedoch gar niemand sehen ließ, fing er an, unruhig hin und her zu gehen; darüber kam dringliche Botschaft vom Wirtshause her, der Tisch sei schon lange bereit gestellt, er möchte ja gleich kommen, der Postillon pressiere. So suchte er denn schnell seine Sachen zusammen und wollte ohne weiteres aufbrechen, als beide Herren vor der Laube erschienen.

Der Graf begrüßte ihn, beinahe wie einen früheren Bekannten, lebhaft mit seinem kräftig schallenden Organ, ließ ihn zu gar keiner Entschuldigung kommen, sondern erklärte sogleich seinen Wunsch, das Ehepaar zum wenigsten für diesen Mittag und Abend im Kreise seiner Familie zu haben. „Sie sind uns, mein liebster Maestro, so wenig fremd, daß ich wohl sagen kann, der Name Mozart wird schwerlich anderswo mit mehr Begeisterung und häufiger genannt als hier. Meine Nichte singt und spielt, sie bringt fast ihren ganzen Tag am Flügel zu, kennt Ihre Werke auswendig und hat das größte Verlangen, Sie einmal in mehrerer Nähe zu sehen, als es vorigen Winter in einem Ihrer Konzerte anging. Da wir nun demnächst auf einige Wochen nach Wien gehen werden, so war ihr eine Einladung beim Fürsten Gallizin, wo man Sie öfter findet, von den Verwandten versprochen. Jetzt aber reisen Sie nach Prag, werden sobald nicht wiederkehren, und Gott weiß, ob Sie der Rückweg zu uns führt. Machen Sie heute und morgen Rasttag! Das Fuhrwerk schicken wir sogleich nach Hause, und mir erlauben Sie die Sorge für Ihr Weiterkommen."

Der Komponist, welcher in solchen Fällen der Freundschaft oder dem Vergnügen leicht zehnmal mehr, als hier gefordert war, zum Opfer brachte, besann sich nicht lange: er sagte diesen einen halben Tag mit Freuden zu, dagegen sollte morgen mit dem frühesten die Reise fortgesetzt werden. Graf Max erbat sich das Vergnügen, Madame Mozart abholen und alles Nötige im Wirtshaus abzumachen. Er ging; ein Wagen sollte ihm gleich auf dem Fuße nachfolgen.

Von diesem jungen Manne bemerken wir beiläufig, daß er mit einem von Vater und Mutter angeerbten heiteren Sinne Talent und Liebe für die schönen Wissenschaften verband und ohne wahre Neigung zum Soldatenstand sich doch als Offizier durch Kenntnisse und gute Sitten hervortat. Er kannte die französische Literatur und erwarb sich zu einer Zeit, wo deutsche Verse in der höheren Gesellschaft wenig galten, Lob und Gunst durch eine nicht gemeine Leichtigkeit der poetischen Form in der Muttersprache nach guten Mustern, wie er sie in Hagedorn, in Götz und anderen fand. Für heute war ihm nun, wie wir bereits vernahmen, ein besonders erfreulicher Anlaß geworden, seine Gabe zu nutzen.

Er traf Madame Mozart, mit der Wirtstochter plaudernd, vor dem gedeckten Tische, wo sie sich einen Teller Suppe vorausgenommen hatte. Sie war an Zwischenfälle, an kecke Stegreifsprünge ihres Mannes zu sehr gewohnt, als daß sie über die Erscheinung und den Auftrag des jungen Offiziers mehr als billig hätte betreten sein können. Mit unverstellter Heiterkeit, besonnen und gewandt besprach und ordnete sie ungesäumt alles Erforderliche selbst. Es wurde umgepackt, bezahlt, der Postillon entlassen; sie machte sich, ohne zu große Ängstlichkeit in Herstellung ihrer Toilette, fertig und fuhr mit dem Begleiter wohlgemut dem Schlosse zu, nicht ahnend, auf welche sonderbare Weise ihr Gemahl sie dort eingeführt hatte.

Dieser befand sich inzwischen bereits sehr behaglich daselbst und auf das beste unterhalten. Nach kurzer Zeit sah er Eugenien mit ihrem Verlobten: ein blühendes, höchst anmutiges, inniges Wesen. Sie war blond, ihre schlanke Gestalt in karmoisinrote, leuchtende Seide mit kostbaren Spitzen festlich gekleidet, um ihre Stirn ein weißes Band mit edlen Perlen. Der Baron, nun wenig älter als sie, von sanftem, offenen Charakter, schien ihrer wert in jeder Rücksicht.

Den ersten Aufwand des Gesprächs bestritt, fast nur zu freigebig, der gute, launige Hausherr vermöge seiner etwas lauten, mit Späßen und Histörchen sattsam gespickten Unterhaltungsweise. Es wurden Erfrischungen gereicht, die unser Reisender im mindesten nicht schonte.

Eines hatte den Flügel geöffnet, Figaros Hochzeit lag aufgeschlagen, und das Fräulein schickte sich an, von dem Baron akkompagniert, die Arie Susannes in jener Gartenszene zu singen, wo wir den Geist der süßen Leidenschaft stromweise, wie die gewürzte sommerliche Abendluft, einatmen. Die feine Röte auf Eugeniens Wangen wich zwei Atemzüge lang der äußersten Blässe: doch mit dem ersten Tone, der klangvoll über ihre Lippen kam, fiel ihr jede beklemmende Fessel vom Busen. Sie hielt sich lächelnd, sicher auf der hohen Woge, und das Gefühl dieses Moments, des einzigen in seiner Art vielleicht für alle Tage ihres Lebens, begeisterte sie billig.

Mozart war offenbar überrascht. Als sie geendigt hatte, trat er zu ihr und fing mit seinem ungezierten Herzensausdruck an: „Was soll man sagen, liebes Kind, hier, wo es ist wie mit der lieben Sonne, die sich am besten selber lobt, indem es jedermann wohl in ihr wird! Bei solchem Gesang ist der Seele zumut wie dem Kindchen im Bade: es lacht und wundert sich und weiß sich in der Welt nichts Besseres. übrigens glauben Sie mir! unsereinem in Wien begegnet es nicht jeden Tag, daß er so lauter, ungeschminkt und warm, ja so komplett sich selber zu hören bekommt." — Damit erfaßte er ihre Hand und küßte sie herzlich. Des Mannes hohe Liebenswürdigkeit und Güte nicht minder als das ehrenvolle Zeugnis, wodurch er ihr Talent auszeichnete, ergriff Eugenien mit jener unwiderstehlichen Rührung, die einem leichten Schwindel gleicht, und ihre Augen wollten sich plötzlich mit Tränen anfüllen.

Hier trat Madame Mozart zur Tür herein, und gleich darauf erschienen neue Gäste, die man erwartet hatte: eine dem Hause sehr eng verwandte freiherrliche Familie aus der Nähe mit einer Tochter, Franziska, die seit den Kinderjahren mit der Braut durch die zärtlichste Freundschaft verbunden und hier wie daheim war.

Man hatte sich allerseits begrüßt, umarmt, beglückwünscht, die beiden Wiener Gäste vorgestellt, und Mozart setzte sich an den Flügel. Er spielte einen Teil eines Konzerts von seiner Komposition, welches Eugenie soeben einstudierte.

(Fortsetzung folgt.)

der privilegierten Schichten der anderen Nation. Sogleich appelliert man an die nationalen Vorurteile. Jeder Nation redet man ein, daß ihre nationalen Interessen auf dem Spiele stehen, und **die Volksmassen der beiden Nationen,** die in Wirklichkeit keinerlei Interesse an dem Zank haben, **werden gegeneinander geschleudert im Interesse von Leuten, mit denen sie weniger gemein haben als miteinander, und die sie im Kriege nur ausbeuten wollen, wie sie sie in so vielen Fällen im Frieden ausbeuten.“**

Was der Baron de Forest da gesagt hat, ist gewiß nichts Neues. Die Sozialdemokratie hat jahraus, jahrein diese Zusammenhänge aufgedeckt, und die Richtigkeit dieser Behauptungen an tausend konkreten Beispielen bewiesen. Aber es ist wertvoll, ein so unverblümtes Zeugnis von einem liberalen Politiker dafür zu haben, daß die Sozialdemokratie bei ihren Angriffen gegen die internationalen Kriegshetzer keine Dogmen gepredigt hat. Eine Schmach für den deutschen Liberalismus ist es freilich, daß man sich dieses Zeugnis aus England holen muß.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Über den Aufstand auf Ponape,

der vier deutschen Beamten das Leben kostete und zu einer Strafexpedition führte, die mit der Verschickung des ganzen Stammes Jakoj und der Erschießung von 17 Eingeborenen endete, veröffentlicht Geh. Regierungsrat Fritz jetzt eine eingehende Darstellung. Geh. Rat Fritz war der Vorgänger des ermordeten Bezirkschefs Boeder. Die Unruhen entstanden nach der Aufhebung des Lehensystems (die deutsche Verwaltung mußte dort, im Stillen Ozean, eine das Land verwahrlosende Junkerherrschaft beseitigen!), weil man die den Jakoj gegebenen Zusagen nicht einhielt. Es kamen nämlich Kolonialbeamte hin, die nur afrikanische Verhältnisse kannten und die die Insulaner glaubten, auf Negerart behandeln zu müssen. Weiter gibt aber Fritz den Kapuzinermissionaren die Hauptschuld, die die Eingeborenen religiös zersplitterten und bis zum Glaubenskrieg fanatisierten. — Segnungen der Kolonialpolitik! Man muß die Australier bekehren und muß sie, denen die Natur den Unterhalt fast ohne Arbeit gewährt, zur Arbeit für das europäische Kapital treiben.

In die Wüste gejagt

werden nun auch die technisch-industriellen Beamten, weil sie nicht mehr gehorsame Diener und meinungslose Söldlinge des Kapitals sein wollen. Die konservative „Kreuzzeitung“ beklagt sich, daß sich die technisch-industrielle Beamtenorganisation, statt die Autorität der Beamten hochzuhalten, zu den proletarischen Klassenkämpfern gesellt. „Und man wird es den Arbeitgebern bezw. den Betriebsleitungen schwerlich verdenken können, wenn sie daraus ihre, den Bundesmitgliedern nicht gerade erwünschten Schlüsse ziehen.“

Darunter ist aber, wie die „Arbeitgeberzeitung“ erkennen läßt, die Unterwerfung auch der Beamten unter den allgemeinen Unternehmerterrorismus zu verstehen, und auch die Anstellung von nur akademisch gebildeten Technikern wird angedroht. Die Akademiker werden ja wohl Verständnis für ihre Einschätzung als minder energische Vertreter der Technikerinteressen haben. Sie können es der Junkerpartei und ihren Verbündeten bald beweisen!

Das Vieheinfuhrverbot

wird, wie bekannt, mit der Gefahr der Einschleppung von Seuchen zu rechtfertigen gesucht. Wie faul diese Ausrede ist, ergibt sich unter anderem auch daraus, daß die Schweiz, die gegenwärtig lebhaften Viehhandel treibt, erst kürzlich wieder 12 Wagenladungen Kühe nach Spanien und viele Kühe und Rinder nach anderen Ländern exportiert hat. — Die Stadt London hat im Jahre 1911 nicht weniger als 419 000 Tonnen Fleisch (die „Tonne“ a 2000 Pfund) von auswärts bezogen, während innerhalb dieser Stadt 58 000 Rinder und 376 000 Schafe geschlachtet wurden. Hierzu kamen noch 174 000 Tonnen Fische. Den Speck bezieht London aus Holland, die Eier von Dänemark und es ist dort von keiner Viehseuche die Rede. Nur in Deutschland wird der Preis des Fleisches von den agrarischen Machthabern in der bekannten Weise hochgehalten, und trotz aller Sperrmaßregeln stirbt bei uns die Maul- und Klauenseuche nicht aus. Nach dem Urteil Sachverständiger würden aber alle Viehseuchen bald verschwinden, wenn die Viehhaltung mehr nach hygienischen Grundsätzen ausgeübt würde, was aber freilich etwas mehr Arbeit macht und wozu gehört, daß das Vieh mehr im Freien und nicht in verdorbener Stallluft lebt. — Aber die Hungerzollgesetzgebung und der durch sie begünstigte Lebensmittelwucher treiben die Bodenpreise so hinauf, daß die Verwendung großer Flächen für Weidezwecke wohl nicht mehr lohnend ist.

Spanien.

Vom Riffkrieg. Aus Tanger wird dem „Echo de Paris“ gemeldet, daß die Riffstämme entschlossen seien, die Feldarbeiten diesmal vollständig im Stich zu lassen und das ganze Jahr dem Kampf gegen Spanien zu widmen. — Eine amtliche Depesche aus Melilla meldet: Das Feldlager von Sammar wurde gestern abend beschossen. Oberst Cascajares und drei Soldaten des Regiments San Fernando wurden leicht verwundet. Der Feind wurde zurückgetrieben. — Nach einem Funkentelegramm aus Rabat ist Sefru von aufständischen Berbern angegriffen worden. Die Besatzung der Stadt hat nach lebhaftem Kampf den Angriff abgeschlagen und den Berbern, die sich zurückziehen mußten, empfindliche Verluste beigebracht.

Der Raubkrieg.

Der Großwesir Said Pascha richtete an alle Wali ein Rundschreiben, in dem es heißt, er hege die Überzeugung, daß binnen kurzem ein das Prestige und die Ehre des Reiches sichernder Friede mit Italien zum Abschluß gelangen werde. Said Pascha fordert die Wali auf, ihre Bemühungen zu verdoppeln, damit im Innern des Landes wieder geordnete Zustände eintreten, und weist besonders darauf hin, daß die christliche Bevölkerung gerecht und mit den Moslems gleichberechtigt zu behandeln sei. — Bisher waren alle Friedensgerüchte eitel Dunst.

Der offiziöse „Popolo Romano“ meint dann auch in bezug auf die Lösung der innerpolitischen Krise in der Türkei, die Zusammensetzung des neuen türkischen Kabinetts nehme den Italiern jede Hoffnung, daß die Pforte vor der vollständigen Erschöpfung ihrer Mittel Frieden schließen werde. Jedenfalls müsse Italien durch den Friedensschluß außer seinem politischen Ziel auch die militärische Sicherheit vor den feindlichen Araberstämmen erreichen. Dazu müsse die Nation aber noch manche Opfer bringen.

Aus Tripolis, Ainzara, Tadsura und Homs liegt nichts Neues vor. In der Richtung südlich Ainzara vorgeschobene Kavallerie-Patrouillen fanden keine Spur vom Feinde. Aus Benghasi wird gemeldet: Nachrichten vom 1. Januar zufolge verlassen noch immer einige Araber das türkische Lager, obwohl der Kommandant die nahe bevorstehende Ankunft von Verstärkungen angekündigt hat. — Das Reutersche Bureau meldet aus Hodeidah: Am Mittag des 1. Januar beschossen die italienischen Kreuzer „Piemonte“ und „Puglia“ die türkische Garnison von Djabana, 10 Meilen nördlich von Hodeidah, ohne ihr Verluste zuzufügen. — Das Torpedoboot „Cigno“ entdeckte auf einer Aufklärungsfahrt an der Westküste von Tripolitanien beim Fort Forwa am Obregatee ein Araberlager. Das Torpedoboot gab einige Schüsse ab, wonach die Araber in einer Zahl von ungefähr 600 auseinanderstoben.

Die Republik China.

Der „Daily Mail“ wird gemeldet, daß am Montag nachmittag Dr. Sunjatsen im Triumph in die republikanische Hauptstadt Nanking seinen Einzug hielt. Er wurde von zehntausend Soldaten eskortiert und ihm zu Ehren wurde ein Salut von einundzwanzig Kanonenschüssen abgegeben. Um 11 Uhr abends übernahm er die Präsidentschaft der provisorischen Regierung und schwor einen Eid, daß er die Mandschus entthronen, den Frieden wiederherstellen, die Republik einrichten und dann sein Amt niederlegen werde. Sze, der neue chinesische Botschafter in Washington, ein im Ausland erzogener, vollkommen moderner Mann, hat am Freitag Washington verlassen, um sich mit Sunjatsen zu besprechen. Nach einer Meldung der „Morning Post“ hat Sunjatsen eine lange Proklamation erlassen, in der er erklärte, die Provinzen dürften Selbstverwaltung haben; sie würden eine Art Bund bilden, und die Finanzen sollten reorganisiert werden. Das provisorische republikanische Kabinett wurde gebildet und besteht aus Huanghsin als Premier- und Kriegsminister, Wangtschaoweh als Minister des Auswärtigen, Huangtschungtsin als Marineminister und Wutingfang als Justizminister. Die Republik wird versuchen, eine Anleihe von 35 Millionen Taels unterzubringen, wofür der beschlagnahmte staatliche Besitz als Sicherheit gegeben werden soll. Wie der „Daily Telegraph“ aus Schanghai meldet, weigert sich Wutingfang, weiter telgraphisch mit Juanschikai zu verhandeln. Er verlangt, daß der Reichskanzler nach Schanghai kommen solle, und allgemein glaubt man, daß Juanschikai schließlich diesem Wunsche nachkommen und nach Schanghai reisen wird.

Die Reichstagswahlen in Posen.

In der Provinz Posen haben die Volksausplünderer ihre sichersten Schlupfwinkel, hier hausen sie noch ungestört, weder kontrolliert durch eine aufgeklärte Arbeiterschaft, noch belästigt durch eine freie oder gar sozialdemokratische Presse. Die polnischen Junker übertreffen, was Ausbeutung, Unterdrückung und Niederhaltung des Volkes betrifft, die deutschen noch erheblich. Unterstützt werden sie hierin von einem fanatischen Klerus, der mit brutaler Rücksichtslosigkeit jede freiheitliche Regung unterdrückt. Und zu alledem kommt dann noch, daß die Bevölkerung der Provinz künstlich in einer Art permanenter nationaler Hypnose erhalten wird, und in diesem Zustande nationalen Taumels allen Blick für die realen und wirtschaftlichen Zusammenhänge verloren hat. In Posen gab es bisher bei den Wahlen keine wirtschaftspolitischen Parteien, hier standen sich nur Deutsche und Polen gegenüber. Die wirtschaftliche Struktur ist für die Sozialdemokratie äußerst ungünstig, die Bevölkerung ist eine rein ländliche und überwiegend polnisch. Nicht etwa eine ländliche mit bäuerlicher Bevölkerung. In Posen dominiert der Großgrundbesitz mit den Scharen vollständig abhängiger Gutsarbeiter. Sogar zum Wahlkreise der Provinzialhauptstadt gehören noch die beiden rein ländlichen Kreise Posen-Ost und -West mit ihren großen Rittergütern. In allen 15 Wahlkreisen der Provinz, von denen im alten Reichstage 11 durch Polen und 4 durch Konservative bezw. Freikonservative vertreten waren, wurden 1907 für die Sozialdemokratie nur 6510 Stimmen abgegeben, von denen allerdings über ⅔ allein auf die drei Kreise Posen, Bromberg und Czarnikau-Colmar entfielen. Die Stimmenzahl war schon höher, bei den Blockwahlen ist sie herabgedrückt worden.

Über die einzelnen Wahlkreise ist nicht viel zu sagen. Außer den beiden Kreisen Colmar-Czarnikau-Filehne und Fraustadt-Lissa gilt für alle übrigen Kreise der Provinz ein zwischen den deutschen Parteien abgeschlossenes Kompromiß, das alle deutschen Wähler, von den Anhängern des Bundes der Landwirte angefangen bis herab zu den Fortschrittlern, verpflichtet, für den Deutschen, d. h. den konservativen Kandidaten zu stimmen. Durch dieses Kompromiß wird den Polen nicht ein Mandat abgenommen, aber die deutschen Wähler erniedrigen sich zu urteilslosen Nachläufern der Konservativen und Hakatisten. Am blamabelsten ist diese Tatsache für die Fortschrittliche Volkspartei, die von den Konservativen ununterbrochen mit Fußtritten regaliert wird, die fortschrittliche Vereine gegründet, Parteisekretäre angestellt hat usw., um dann bei den Wahlen für die Konservativen zu stimmen. Als Gegenleistung haben die Konservativen nur den Wahlkreis Wirsitz-Schubin den Nationalliberalen überlassen, der — im Besitz der Polen ist. Da letztere 1907 hier nur mit einer knappen Mehrheit siegten, hoffen die Nationalliberalen, ihnen den Kreis abzunehmen, für den sie sich den Generaldirektor Dr. Boltz aus Kattowitz als Kandidaten verpflichtet haben.

Der Wahlkreis Posen-Stadt ist sicherer Besitz der Polen. Bei der Wahl im Jahre 1907 siegte der Abg. Chrzanowski im ersten Wahlgange über den Deutschen und den Sozialdemokraten. Nachdem dieser sogenannte polnische Demokrat geholfen hatte, die Reichsfinanzreform durchzudrücken, schlug er sich seitwärts in die Büsche, er legte sein Mandat nieder. Bei der Nachwahl 1910 kam es zu einer Spaltung unter den Polen. Die polnischen Wähler hatten wohl eine dunkle Ahnung, daß mit der Reichsfinanzreform etwas nicht in Ordnung sei, sie hatten aber noch nicht den Mut, für den Sozialdemokraten zu votieren. In dem „Arbeitersekretär Nowicki glaubten sie einen Mann gefunden zu haben, der ihnen alles Heil bringen würde, und nach einem beispiellos wüsten und gehässigen Wahlkampf kam ihr Kandidat Nowicki gegen den von der sogenannten Hofpartei oder dem Adelskasino auf den Schild erhobenen polnischen Gewerkschaftssekretär Sosinski mit dem deutschen Kandidaten in die Stichwahl, aus der er dann als Sieger hervorging. Für die kommende Wahl ist er zwar wieder als Kandidat proklamiert worden, doch läuft ein Teil der polnischen Presse heftig Sturm gegen ihn und es ist nicht ausgeschlossen, daß es abermals zu einer polnischen Doppelkandidatur kommt. Die Deutschen haben bis heute, drei Wochen vor der Wahl, noch keinen Kandidaten nominiert. Nachdem ihr bisheriger Kandidat, Oberbürgermeister Dr. Wilms, sich im Herrenhause als Gegner des geltenden Reichstagswahlrechts bekannt hat, ist es den deutschen Parteien wohl selbst zu dumm, ihn auf Grund eben dieses Wahlrechts wieder kandidieren zu lassen. Die Sozialdemokratie, die bei den Blockwahlen nur 1840 Stimmen erhielt, brachte es bei der Nachwahl auf 2241 Stimmen. Für sie kandidiert wieder der Tischler Matuszewski.

Im Wahlkreise Bromberg wird der Reichsparteiler Schultz wiedergewählt werden, nachdem sich die Vertrauensmänner sämtlicher deutschen Parteien für seine Wahl erklärt haben.

In dem ersten kompromißfreien Wahlkreise Kolmar-Czarnikau-Filehne kandidiert außer dem Konservativen, dem Polen und dem Sozialdemokraten noch für die Nationalliberalen der Landgerichtsdirektor Ehrenberg-Posen. Ob der Konservative in die Stichwahl kommt, oder ob die Nationalliberalen, die eine rührige Agitation entfalten, so viel Werbekraft besitzen werden, um den Konservativen zu verdrängen, ist ungewiß. Jedenfalls dürfte der Kandidat, der mit dem Polen in die Stichwahl kommt, gewählt werden.

Im anderen kompromißfreien Kreise, Fraustadt-Lissa, besteht ein lokales Kompromiß, nach welchem der Kreis abwechselnd durch einen reaktionären und einen liberalen Abgeordneten vertreten werden soll. Der Kreis wurde bisher vom Reichsparteiler Kolbe vertreten, jetzt ist ein Liberaler an der Reihe. Als solcher kandidiert der Stadtrat Loehning-Posen, der zwar eingeschriebenes Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ist, der aber in allen seinen Kandidatenreden erklärt, es jedem recht machen zu wollen, sowohl der Landwirtschaft wie den Handel- und Gewerbetreibenden, als auch dem Deutschtum und den Polen, wie dem Zentrum und den Arbeitern. Diesem sonderbaren Fortschrittsheiligen steht außer dem Sozialdemokraten nur noch der Graf Oppersdorff gegenüber, der auf eigene Faust kandidiert und für den auch die Polen im ersten Wahlgange stimmen wollen. Der Ausgang der Wahl ist ganz ungewiß.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß sich im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin vorläufig drei Polen als Kandidaten gegenüberstehen. Der Kreis ist sicherer polnischer Besitz.

In vier Wahlkreisen der Provinz, nämlich in Kosten-Neutomischel, Schrimm-Schroda, Wreschen-Pleschen und Krotoschin-Koschmin sind 1907 noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben oder amtlich gezählt worden. Auch das ist jetzt anders geworden: Sämtliche 15 Wahlkreise sind mit Kandidaten der Partei besetzt, und die Parteigenossen hoffen auf einen starken Stimmenzuwachs, da in der ganzen Provinz Posen die sozialdemokratischen Kandidaten die einzigen sind, die für die Interessen des Volkes, sowohl des deutschen wie des polnischen, eintreten.

Aus der Partei.

Genosse Dr. med. Simon † Am Donnerstag wurde in seinem Berufsleben der Genosse Dr. Simon, der Schwiegersohn unseres Genossen Bebel, der in Zürich als Arzt tätig war, im besten Mannesalter plötzlich vom Tode ereilt. Er hatte sich bei bakteriologischen Untersuchungen von den Krankheitskeimen angesteckt und erlag einer Blutvergiftung. Dr. Simon ist der Verfasser des in der Internationalen Bibliothek als Band 16 erschienenen Buches „Die Gesundheitspflege des Weibes“.

Der Fall Westmeyer. Die bürgerlichen Parteien und ihre Presse benützen den Fall Westmeyer, um der gesamten Partei den Vorwurf eines unsozialen Verhaltens zu machen. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs sieht sich darum gezwungen, in der „Schwäbischen Tagwacht“ diese Erklärung zu veröffentlichen:

Zur Steuer der Wahrheit. Unter Verantwortlichkeit und vom Verlag der Nationalliberalen Partei in Stuttgart wird im ganzen Lande ein Flugblatt verbreitet, worin die Veröffentlichung des Genossen Westmeyer in der Göppinger „Freien Volkszeitung“ am 18. Dezember d. J. zugunsten der Nationalliberalen Partei auszuschlachten versucht wird. Dieses Verfahren einer politischen Partei, die Auslassungen eines Genossen, die lediglich seine persönliche Auffassung von bestehenden Differenzen darstellen, zu Wahlzwecken auszunützen, überlassen wir ruhig der Beurteilung der Wähler. Als die Körperschaft, die als ausführendes Organ der Beschlüsse der Landesversammlung verantwortlich in Betracht kommt, stellen wir fest, daß die Landesversammlung im September 1911, nachdem etwa zwei Jahre lang der Streit innerhalb der Redaktion angedauert hatte, die Kündigung aller in Betracht kommenden Redakteure beschlossen hat. Der Austritt der Redakteure erfolgte am 1. Oktober. Dem Genossen Westmeyer wurde jedoch das volle Gehalt bis zum 31. Dezember 1911 im Betrage von 775 Mk. ausbezahlt. Schon im Juli 1911 war auf Beschluß der beiden Körperschaften (Landesvorstand und Landesausschuß) dem Genossen Westmeyer bei freiwilligem Austritt aus der Tagewachtredaktion angeboten worden, deren ständiger Mitarbeiter zu werden, mit einem sicheren Jahresbezug bis zu 2400 Mk. Genosse Westmeyer hat dieses Angebot abgelehnt. Somit kann von niemand gegen verantwortliche Organe der Vorwurf der Maßregelung oder gar der planmäßigen Aushungerung erhoben werden.

Stuttgart, 29. Dezember 1911.

Der Landesvorstand
der Sozialdemokraten Württembergs.

Die norwegische Sozialdemokratie hat im Laufe des verflossenen Jahres eine lebhaftere Agitation als je zuvor entfaltet und damit auch außerordentlich gute Erfolge erzielt. Die Organisation ist überall stark gewachsen und damit auch die Abonnentenzahl der Parteipresse. „Socialdemokraten“ in Kristiania

hätte beim vorigen Jahreswechsel rund 14 000 Abonnenten, jetzt sind es über 20 000 — eine große Zahl bei rund 250 000 Einwohnern der norwegischen Hauptstadt. Im Herbst dieses Jahres wird das norwegische Storthing neu gewählt, und es ist zu erwarten, daß schon infolge des außerordentlich starken Wachstums der Partei und ihrer Presse die Sozialdemokratie weit zahlreicher als bisher in das Parlament einziehen wird. Kurz vor Jahresschluß fand in Kristiania die Wahl eines Vergleichskommissars und seines Stellvertreters statt. Hierbei siegten die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit 5629 und 3501 Stimmen gegenüber den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien, von denen der eine, der Hauptkandidat, 4837 Stimmen, der Stellvertreterkandidat 2073 Stimmen erhielt. Es ist das erstemal, daß die Sozialdemokratie in einer Wahl siegt, bei der von der ganzen Stadt nur ein Vertreter und ein Stellvertreter zu wählen ist. Die Aufgabe der Vergleichskommissare ist, in privaten Streitsachen zu vermitteln, bevor die Klagen zu gerichtlicher Entscheidung kommen. Die Beteiligung an diesen Wahlen ist seit jeher sehr schwach, weil die große Masse der Wähler offenbar die Bedeutung des zu besetzenden Amtes unterschätzt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Tarifabschluß des Buchdruckerei-Hilfspersonals. Die örtlichen Verhandlungen auf Grund der Verhandlungsbeschlüsse vom 18. Dezember sind nunmehr in den in Frage kommenden Städten im Gange. Wie bereits gemeldet, scheiterten zunächst die Verhandlungen über die Verlängerung des am 31. Dezember abgelaufenen Tarifvertrages. Das Tarifamt der Buchdrucker griff sodann vermittelnd ein und brachte eine Verhandlung zum 18. Dezember zustande. Vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen wurde zunächst festgestellt, daß sich die anwesenden Vertreter der Unternehmer und der Buchdruckereihilfsarbeiter zum Abschluß eines Tarifes für legitimiert halten. Ferner wurde nach getrennter Beratung als einstimmig gefaßter Beschluß in bezug auf die Haftpflicht erklärt:

„Die Organisation übernimmt prinzipiell für die vertretenen Städte, die den Hilfsarbeitertarif abschließen werden, die Haftung für ihre Mitglieder im Falle von Kontraktbruch.

Die Haftung soll unter Mitwirkung des Hauptvorstandes der Hilfsarbeiterorganisation und der Vorstände der Bezirksvereine genau in der gleichen Weise geregelt werden wie seitens der Buchdruckerorganisation gegenüber dem Deutschen Buchdruckerverein."

Danach wurde in langen Beratungen die für die örtlichen Lohnvereinbarungen maßgebende Lohnskala wie folgt festgesetzt: Sämtliche Hilfsarbeiter mit einem Lohnbezug bis 12 Mk. erhalten eine Erhöhung von 12½ Prozent, über 12—18 Mk. von 10 Prozent, über 18—27 Mk. von 7½ Proz., über 27 Mk. von 6 Proz. Vom Tarifamt wird den Unternehmern weiter empfohlen, bei den örtlichen Vereinbarungen die Gewährung von Zulagen an das über Minimum entlohnte Personal nach Maßgabe der Leistungen zu regeln.

Auf Grund dieser Beschlüsse, nach denen also die genannten prozentualen Lohnzuschläge zu den jetzt bestehenden Minimallöhnen gemacht und nach oben abgerundet werden sollen, wird nunmehr örtlich verhandelt. Wo eine örtliche Vereinbarung nicht zustande kommt, soll das Tarifamt die Festsetzung übernehmen.

Eine Berliner Versammlung der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen lehnte es ab, auf Grund der getroffenen Normen sich an Verhandlungen mit den Unternehmern zu beteiligen. Da zu den am 3. Januar angesetzten Berliner Verhandlungen Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter nicht erschienen waren, so übernahmen zwei Vertreter des Zentralvorstandes diese Vertretung. Es kam hierbei zu einer Verständigung, worauf vom Zentralvorstand die Berliner Bewegung für beendet erklärt wird.

In Halle a. S. und in München ist es ebenfalls schon zu neuen örtlichen Tarifabschlüssen gekommen.

Eine Anzahl anderer Städte, wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Straßburg, Nürnberg, Bremen, Hannover, Breslau, Königsberg sind Verhandlungen im Gange. In Leipzig bedarf es noch der Klärung der Situation. Dort wollen die Unternehmer in mißverständlicher Auslegung der Bestimmungen eigenmächtig den Tarif bestimmen.

Soziales.

Im Zeichen der Teuerung. Um die Gesundheit und Lebenskraft des deutschen Volkes zu erhalten — nicht etwa aus selbstsüchtigen Portemonnaieinteressen, wie allgemein behauptet wird — ist von den herrschenden Junkern und ihrem Klüngel das Einfuhrverbot für frisches Fleisch geschaffen worden. Und damit nicht etwa durch Verkauf des Fleisches, das von den Zollbehörden an den Grenzen konfisziert worden ist, die Mägen der deutschen Arbeiter gefährdet werden, schreiben das Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen vor, daß das über die Grenze geschmuggelte Fleisch, falls es in die Hände der Zollbehörde fällt, vernichtet werden muß. Eine recht treffende Illustration dazu lesen wir im „Borkener Wochenblatt", einem Zentrumsorgane. Es heißt dort:

„Einen guten Fang machten die Beamten des Zollamts. Mit dem Personenzuge, der um 6 Uhr abends von Holland einläuft, waren unter der Deklaration „frische Seefische" sechs Fischkörbe als Expreßgut angekommen, die oben Eis und Schellfische enthielten. Als der Inhalt der Körbe aber einer genauen Durchsuchung unterworfen wurde, fand man unter den Eisstücken und Fischen sechs Säcke mit frischer Schweineleber im Gesamtgewicht von über 700 Pfund. Da die Einfuhr der Leber gesetzlich verboten ist, wurden die Lebern beschlagnahmt und werden jedenfalls von der Polizeibehörde vernichtet. Bei der gegenwärtigen Teuerung ist es eigentlich schade, daß man die 700 Pfund Leber in die Erde graben muß."

Millionen hungrige Mäuler müssen sich mit karger Nahrung begnügen, aus dem Rinnstein und aus den Kehrichthaufen werden die halbverdorbenen Nahrungsmittel hervorgesucht — und hier wird gutes, schmackhaftes Fleisch in die Erde vergraben. Ist das nicht die schwerste Versündigung am armen, darbenden Volke?

Wer zerstört das Familienleben? In der gegenwärtigen Wahlbewegung spielt natürlich auch die „Vernichtung der Ehe und der Familie durch die Sozialdemokratie" eine nicht unwesentliche Rolle. Wer aber in Wirklichkeit Ehe und Familie des Proletariats zerstört, dafür ein neues Beispiel. In der Leipziger Lampenfabrik von Hugo Schneider A.-G., Paunsdorf-Leipzig, war nahezu fünf Jahre eine Arbeiterin J. beschäftigt, die sich voriges Jahr verehelichte, trotzdem aber weiter arbeitete. Am 5. August schied sie jedoch wegen ihrer bevorstehenden Niederkunft aus dem Arbeitsverhältnis; am 23. August wurde sie entbunden, sie hatte also bis zum letzten Augenblick der Firma Profit geschafft. Bei der Firma besteht aber selbstverständlich auch eine sogenannte Wohlfahrtseinrichtung, eine Sparkasse für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Firma allein aushält, ohne Beiträge der Arbeiter. Ebenso selbstverständlich sind natürlich die Sparsummen äußerst gering und betragen in den ersten zehn Jahren durchschnittlich 13,50 Mk. jährlich. Als nun die Arbeiterin J., jetzige Frau Z., entbunden hatte, glaubte sie auf die „Wohlfahrts"einrichtung der Firma Anspruch erheben zu können und sie bat deshalb um Auszahlung der Sparsumme. Darauf wurde sie in die Fabrik bestellt, wo sie die „Aufsichtsdame" Frl. Hunger empfing. Diese Dame legte der Frau Z. die Frage vor, warum und wozu sie das Geld wolle, denn nach § 3 der Sparkassenordnung darf die Hälfte der Einzahlungen nur dann erhoben werden, „wenn der Betriebsleitung das Bedürfnis glaubhaft nachgewiesen wird". Frau Z. glaubte natürlich den Nachweis des Bedürfnisses zu erbringen, indem sie erklärte, daß sie das Geld zur Erziehung ihres Kindes gebrauchen wolle. Da hatte sie aber die Rechnung ohne die Firma gemacht, die natürlich an der Auszahlung des Spargeldes erheblich weniger Interesse hat, als an der ewigen Hoffnung „ihrer" Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Sparsumme. Die Firma wollte nichts verschenken, sie wollte im Gegenteil etwas haben, nämlich die Arbeitskraft der jungen Frau zur erneuten Ausbeutung. Frau Z. sollte wieder in die kapitalistische Fron zurück und ihr Kindchen fremden Leuten überlassen. Statt des erhofften Spargeldes erhielt sie zur Antwort: „Es sind so viele Frauen, die ihre Kinder weggeben und auf Arbeit gehen. Sie könnten das auch so machen. Wir haben hier viele Frauen, die das tun! —" Als Frau Z. sich weigerte, ihr Kindchen um des Profits der Firma willen verkümmern zu lassen, da versagte der „Wohlfahrtssinn" der Firma. Frau Z. hatte wohl fünf Jahre lang Profit geschafft, sie erhielt aber keinen Pfennig aus der famosen Wohlfahrtseinrichtung, als sie ihrer Mutterpflicht nachkommen wollte. — Da mühen sich Gemeinden und Sozialpolitiker, die Säuglingssterblichkeit zu mindern, indem sie Stillprämien gewähren, da erkennen selbst bürgerliche Kreise die Notwendigkeit eines weitgehenden gesetzlichen Mutterschutzes an — macht nichts! — Profit! schreit die kapitalistische Seele der heutigen Gesellschaft, und rücksichtslos wird zu Grunde gerichtet, was sich dem Profitinteresse in den Weg stellt: die Ehe, die Familie, ja selbst das Kind des Proletariers. — Aber die ††† Sozialdemokratie ist es, die die Ehe, die Familie zerstört . . .

Das Wahlbureau
der sozialdemokratischen Partei
für den Wahlkreis Lübeck
Johannisstraße 50, Telephon 2443,
ist werktäglich ununterbrochen von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.
Sonn- und Feiertags vormittags von 9 bis 1 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Felix Dahn †. Der teutscheste aller teutschen Dichter ist in Breslau fast 78jährig gestorben. Im Privatleben war er ein braver Lehrer des deutschen Rechts und ein Biedermann. Aber der Furor teutonicus machte ihn zum Heldensänger und Dichter. Seine geschichtlichen Forschungen hatten ihn ins deutsche Mittelalter entrückt; in endlosen Bänden hat er „die Könige der Germanen" gefeiert. Die Geschichte hat er immer mit den Augen des nach Heroismus dürstenden Knaben betrachtet, dessen geliebter Indianerheld tragisch enden muß. Und so lebte er denn seit jungen Jahren in der nordischen und germanischen Geschichte, die er in Balladen besang und zu immer neuen (im Grunde aber: zu den immer gleichen) Romanen und Erzählungen verdichte. In den Jahren des „nationalen Aufschwungs" seit 70 hatte Dahn seinen Höhepunkt, als er im vierbändigen „Kampf um Rom" das heroische Ende seiner Gotenhelden schilderte. Das Ungetüm der Romangeschichtsklitterei ist heute überwunden und das Epigonentum professoraler Schriftsteller längst abgetan. Die jüngere Generation mutet der historische Roman der Dahn und Ebers als eine antiquarische Verirrung an, und nur eine wildgewordene nationale Phantasie konnte diese ganze Zwitterkunst einer kunstarmen Zeit genießen. Der Mann, der der Skalde seines Volkes im flatternden Odinsbart und großrandigem Hute sein wollte, hatte mit den Mächten und neuen Strömungen seiner Zeit keine Fühlung und sein Überschwang war zielos und leer.

Ein Neujahrsscherz der Breslauer Genossen. Der Polizeipräsident von Breslau hat im Verlauf seiner Amtszeit die freiorganisierte Arbeiterschaft mit Verfolgungen aller Art recht reichlich bedacht. Das Verhalten der Polizei bei Straßendemonstrationen, das konsequente Konfiszieren der roten Kranzschleifen, das Redeverbot an den österreichischen Reichsratsabgeordneten Jockl und noch andere Bevormundungen in großer Zahl legen Zeugnis davon ab, wie die Breslauer Arbeiterschaft durch die Polizei verfolgt wird. Um sich dafür nun einmal in anderer Form schadlos zu halten, leisteten sich die Breslauer Genossen einen recht gelungenen Neujahrsscherz. Für den Abend des Neujahrstages hatten sie eine Wählerversammlung nach dem Gewerkschaftshause einberufen, die von 1000 Personen besucht war. Der frühere Abgeordnete Genosse Böhle-Straßburg war als Redner vorgesehen. Da dieser zu Beginn der Versammlung noch nicht eingetroffen war, machte zunächst der Vorsitzende, Genosse Löbe einige einleitende Bemerkungen, um dann dem inzwischen „aus dem Süden" erschienenen Redner das Wort zu erteilen, der in reichlich einer Stunde mit ausgesprochen österreichischem Dialekt und mehrfachem Hinweis auf österreichische Verhältnisse die Breslauer Arbeiter auf die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen hinwies. Nachdem der Redner geendet und die Versammlung wegen der in „bedenkliche Nähe gerückten Abfahrtszeit" schon wieder verlassen hatte, machte der Vorsitzende davon Mitteilung, daß der Redner nicht der Genosse Böhle-Straßburg, sondern der österreichische Reichsratsabgeordnete Jockl gewesen sei. Derselbe Jockl, dem der Polizeipräsident von Breslau vor Jahresfrist das Reden in Breslau verboten hat. Minutenlanger, stürmischer Beifall folgte diesen Worten, und die Freude über den gelungenen Neujahrsscherz leuchtete allen noch lange nachher aus den Augen. Der überwachende Polizeikommissar machte allerdings ein recht verdutztes Gesicht, fand aber keine Gelegenheit mehr, um in Aktion zu treten.

Auf dem Altar des Militarismus geopfert! Das furchtbare Unglück bei Pirna während des letzten Herbstmanövers im September v. J., bei dem 10 brave junge Soldaten vom Ulanen-Regiment Nr. 17 in Oschatz den Tod in den Fluten der Elbe fanden, ist noch in frischer Erinnerung. Das entsetzliche Unglück ereignete sich in dem Augenblick, als die Soldaten auf Befehl die an dieser Stelle ziemlich tiefgehende Elbe durchschwimmen wollten. Mitten im Strom trat die Katastrophe ein und zehn blühende junge Leute fanden in den Fluten ihr Grab. Das Durchschwimmen der Elbe wurde trotz Verwarnungen eines dort wohnenden Wirtschaftsbesitzers vorgenommen. Nach dem Unglück wurde die Schuldfrage lebhaft ventiliert und auch eine gerichtliche Untersuchung gegen die beteiligten Offiziere eingeleitet. Das Verfahren ist aber wieder eingestellt worden, weil angeblich niemand die Schuld trifft und es im Manöver Momente gibt, wo die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten aufhört. — Ein schöner Trost für die Angehörigen!

Revolveranschlag. Als am Sonntag der sozialdemokratische Redner, Stadtrat Schwarz-Zweibrücken, von einer Wählerversammlung in Maßweiler nach Hause ging, wurden vor dem Dorfe ca. 10 scharfe Revolverschüsse abgegeben, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Bereits vor längerer Zeit wurden dem liberalen Landtagsabgeordneten Buttmann-Zweibrücken die Fenster eingeworfen. Da kann man sich bis zur Wahl ja noch auf allerhand gefaßt machen.

Noch ein Spionagefall. In Koblenz wurde ein Prozeßagent, der mehrere Jahre bei der französischen Fremdenlegion gedient hat, unter dem Verdacht, für Frankreich Spionagedienste geleistet zu haben, verhaftet.

Genossenschaftsbewegung.

Die deutschen Konsumvereine im Jahre 1911. Das Jahr 1911 brachte durch die Dürre und die dadurch hervorgerufene Teurung sowie die Erschwerung des Frachtverkehrs auf den Flüssen für die Lebenshaltung der breiten Massen eine bedeutende Erschwerung und Verteurung. Um so mehr wurde freilich in den minderbemittelten Kreisen die Bedeutung der Organisierung des Konsums erkannt, so daß die deutschen Konsumvereine auf die 1911 erzielten Erfolge mit Zufriedenheit zurückblicken können. Nach den Angaben der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" ist zwar nur eine Zunahm von 19 Vereinen im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zu verzeichnen, er zählt jetzt 1170 Mitglieder. Aber gerade diese geringe Zunahme ist ein deutliches Zeichen von einer innerlichen Erstarkung der Bewegung. Es sind nicht nur in vielen Fällen die bestehenden kleinen Konsumvereine zu großen, zu Bezirkskonsumvereinen verschmolzen worden, sondern es ist auch planmäßig daran gearbeitet worden, daß, wo sich das Bedürfnis geltend machte, einen Konsumverein zu gründen, diese Gründung nur vorgenommen wurde, wenn es unmöglich war, eine Warenverteilungsstelle von einem in der Nähe gelegenen Verein einzurichten. Die Statistik wird gegenwärtig erst aufgenommen; man kann aber damit rechnen, daß die deutschen Konsumvereine, soweit sie dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, 1911 ihre Mitgliederzahl auf 1½ Million gesteigert haben. Es ist also eine zahlenmäßige Ausdehnung und eine innere Stärkung Hand in Hand gegangen.

Der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind jetzt 210 Genossenschaften angeschlossen, die rund 6000 Personen als Mitglieder angemeldet haben. Die Beiträge beliefen sich auf 575 000 Mk. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 125 000 Mk. Das Vermögen der Kasse hat die zweite Million überschritten. Nach Ablauf der fünfjährigen Karenzzeit hat die Kasse mit der Auszahlung von Renten begonnen. Es wurden 3864 Mk. für Invaliden- und Altersrenten und 1181 Mk. Witwen- und Waisenrenten gezahlt. Die Summe scheint unerheblich, doch darf man nicht vergessen, daß die Kasse erst sechs Geschäftsjahre zählt und daß ihr natürlich nicht von Anfang an so viele Mitglieder wie jetzt angehörten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine rechnet auf einen Gesamtumsatz von 105 bis 107 Millionen Mark im Jahre 1911. Sie wird also zweifelsohne den Umsatz von 100 Millionen Mark erreichen. Diese Vermehrung des Umsatzes hat allerlei sonstige Änderungen zur Folge. So werden in Gröba und Nürnberg neue Lagerhäuser errichtet. In Gröba werden ferner neue Fabrikgebäude und ein neues Verwaltungsgebäude gebaut. Wie stark sich die Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft ausdehnt, sieht man am besten daran, daß die von ihr vor einem Jahr in Benutzung genommenen neuen Räume in Hamburg, die eine sehr erhebliche Erweiterung des alten Geschäftshauses brachten, bereits wieder voll besetzt sind. Auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die gegenwärtig im Geschäftshause der Großeinkaufsgesellschaft zur Miete wohnt, reicht mit den Räumen, die sie jetzt inne hat, nur noch kurze Zeit, so daß sie sich wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Geschäftshaus wird bauen müssen. Sie ist im Laufe weniger Jahre zu einem respektablen Großbetriebe mit mehr als zwei Millionen Mark Umsatz geworden. Dieses Wachstum hat Veranlassung gegeben, daß im neuen Jahre die Frage, ob die juristische Form der Verlagsanstalt, die heute eine offene Handelsgesellschaft ist, nicht zu ändern ist, von allen beteiligten Faktoren einmal eingehend erörtert werden wird. An der Ausdehnung der Verlagsanstalt hat auch die konsumgenossenschaftliche Presse teilgenommen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" zählt jetzt etwa 10 000 Bezieher, während das „Volksblatt" in einer Auflage von 360 000 Exemplaren gedruckt wird. Seit dem 1. August erscheint für den Verband rheinisch-westfälischer Konsumvereine eine Sonderausgabe des „Volksblatts", und am 1. Januar folgt der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit einer weiteren Sonderausgabe. Können so die deutschen Konsumvereine recht zufrieden auf das Jahr 1911 zurückblicken, so müssen sie sich jedoch völlig darüber klar sein, daß die Zahl ihrer Feinde gewachsen ist. Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause bei der Erörterung des Antrags Hammer sowie verschiedene andere Steuerpläne zeigen das zur Genüge. Bisher aber haben alle Versuche, die Konsumvereine zu bekämpfen, nur die eine Folge gehabt, sie enger zusammenzuschließen. Hoffen wir, daß das auch im neuen Jahre der Fall sein wird.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

Komitee- und Kommissionssitzungen

6. Distrikt.

Sonntag, den 7. Januar 1912, morgens 8 Uhr bei Brede, Kronsforder Allee.

8. Distrikt.

Holstentor-W.
Am Sonnabend, dem 6. dss. Mts., abends 8 Uhr:
—— **Bezirksversammlungen** ——
bei **H. Stoll** (oben), **Bahr** und **Gipp** (Waisenhof)

14. Distrikt.

Versammlung Sonnabend, den 6. Januar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Für die vielen Beweise beim Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich seinen Mitarbeitern der Sägemühle Fr. Havemann und Sohn sowie den Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes und Herrn Pastor Becker für seine trostreichen Worte im Namen der Beteiligten meinen besten Dank.

Katarine Lau,
geb. Hansen.

Logis für junges Mädchen Paulstraße 20.

Sofort eine **Drei-Stuben-Wohnung** zu vermieten
Dorfstraße 5, Vorwerk.

Drei-Zimmer-Wohnung vor dem Holstentor zum 1. April gesucht. Off. mit Preisang. u. **MA** an die Exped. d. Bl.

Tüchtige
Arbeiterinnen
werden gesucht.
Heinr. Ihde Nachf.
Töpferweg 63

Ein Schmiedelehrling ges.
zu Ostern 1912.
E. Hanschmann, Schmiedemstr., Lübeck Moislinger Allee 157.

Billig zu verkaufen eine alte eiserne Bettstelle, ein Glanzzug und ein Sitz-Liege-Wagen mit Gummireifen Ludwigstraße 84, v., l.

Willi Westfehling
Uhrmacher und Juwelier,
Holstenstraße 32.

Alten bestgeschätzten echten Goldfänger
Pfd. 80 Pfg.
Hans Wegener
obere Wahmstr. 10.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhosen	1.40	bis	3.50
Pilothosen	2.50	bis	5.50
Maurerhosen	2.90	bis	7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis	9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis	5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie **billig** und **reell** bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

„Zur Hansa"
Fischstraße 21.
Täglich von 12—3 Uhr.
Gr. bürgerl. Mittagstisch
nach der Karte a Person **65** Pfg.
— **Abonnement: Ermäßigung.** —
Abendkamm von 6 Uhr an 40 und 50 Pfg.

Moisling.
Mitglieder-Versammlung
des
Sozialdemokratisch. Verein
Sonnabend, 6. Jan.
abends 8½ Uhr
in Schreibers Kaffeehaus.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Bericht vom Gemeinderat.
4. Fragekasten.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gasthaus Lindenhof
Peter Runge. Kenseteld.
Für den Sportclub „Hell up'n Dal" werden noch Mitglieder gesucht. Versammlung am Sonnabend, dem 6. Januar.

Der Ausstoss unseres
Bockbiers
beginnt
am Sonntag, d. 7. Januar 1912.

Actienbierbrauerei Lübeck.
Adler-Brauerei, A. Hammerich.
Bavaria-Brauerei, Altona.
Brauerei Walkmühle, H. Lück.
Elbschloß-Brauerei Nienstedten.
Hansa-Brauerei Akt. Ges.
Schloßbrauerei Kiel Akt. Ges.

Möllers billige Fleischquelle
22 Fünfhausen 22.

Prima Rindfleisch Jg. Schweinefleisch Prima Kalbfleisch u. Eisbein	Pfd. 60 ₰	Karbonade Geheecktes Gulasch Flomen	Pfund 70 ₰

Fettes Kalbfleisch	Pfd. 80 ₰	Rollfleisch	Pfd. 80 ₰
Scheibenbeefsteak	Pfd. 1.00 M.	Knochen	Pfd. 10 ₰

Von Pol zu Pol
von Sven Hedin
ist wieder vorrätig. Preis 3 Mark.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Alle Sorten
Wolle und Spinnstoffen
auch im Kleinverkauf u. Ansichtsendung empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 86.

Billig! Süß. Billig!
Große Partien vollfett. Tilsiter 1.00 M., 65 75 ₰, feinst. Schweiz. 95 ₰, echt., ganz reifer Limburger und Romatour 60 ₰.
Klein-Verkauf v. Engros-Lager, Fleischhauerstr. 48.

„Zum Hansakrug
Anstich des beliebten Elbschloß-Bock
am Sonntag, 7. Januar.
Hochachtungsvoll
Adolf Stief.

Gasthof Kl.-Mühlen.
Großes humoristisches Bockbierfest
am Sonntag, 7. Januar
wozu frdl. einladet
B. Studt.
Nebenbei:
Verkegeln und Verspielen.

Hansa-Theater.
Täglich 8¼ Uhr:
Das von
Presse
und
Publikum
mit größt. Beifall aufgenommene
Neujahrs-Programm.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Vorstellung b. kleinen Preisen

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 6. Januar. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 93. Sonnabend-Ab. 9.
Neu einstudiert!
Der verlorene Sohn.
(L'enfant prodigue.)
Pantomime von Michel Carré, Sohn.
Musik von André Wormser.
Hierauf:
Bastien und Bastienne.
Komische Oper von Mozart.
Sonntag, 7. Jan. **Nachm. 3 Uhr.**
Bei ermäßigten Preisen.
Prinzessin Herzlieb
Weihnachtsmärchen.
Sonntag, 7. Januar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 94. Große Preise.
Lohengrin.
Große Oper von Rich. Wagner.
„Elsa" Frl. Helene Eggeling a. G. von der „Volksoper" in Berlin.
Montag, 8. Januar. 7½ Uhr.
Der Rosenkavalier.
Komödie für Musik v. Rich. Strauß.

Stadthallentheater.
Sonntag, 7. Januar. 7½ Uhr.
Krieg im Frieden.
Lustspiel von Moser u. Schönthan.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Beim Einkauf von Margarine fordern Sie nur die echten Marken:
„Siegerin"
„Palmafo"
„Mohra"

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint dreimal wöchentlich

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
E. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Brandt Lübeck, Lg. Lohberg 49. Dampf-B. u. Konditor.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Wamdrupstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krohn, Fackenb. Allee 37 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Webersstr. 23. Feinste Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Inhaber J. Tal 1490.
L. Lerche, Fischerstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wakenitzstr. 79. Übernahme aller Beerdigungen, Särge in allen Preislagen, Lager in Kränzen und Blumenschmuck, Allee 108.
Beerdigungsanstalten
Gr. Gröpelgrube 14.
Hans J. Dettmann Beckergrube 51.
Wamdrupstr. 29.
Fischerstr. 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schlossbräu H. A. Wulff Untertrave 55. Fernspr. 1274.

Brauereien u. Mineralwasserfabriken
F. Feierabend Inhl., Schwartauer Allee No. 3b. Brauereien in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper St. Brauereien.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wellbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
L. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kliel, Engelsgrube 61.
Paul Lehrath, Seidenstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Wamdrupstr. 19a.
Conrad Rohde, Fleischhauerstr. 15.
Paul Tulei, Stresstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Grß. hygienisches „Invent", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623.
Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Köper, Friedenstr. 51. Fernspr. 2214.
W. Krüger, Fischerstr. 1.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 136.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Roth, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Allstr. 31.
Heinr. Eimer, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Maier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohn, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlstr. 42. T. 738.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elsnigstr. 1a. H. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothkneht, Königstr. 104.
Carl Joost, Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Paten, Dankwartsgr. 48. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Scheber, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzeba. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe., Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau
E. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling, Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. liefert alle von Milchprodukten aller Art.

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und fl. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Kochkocher, Ofenröhren
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 35 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck. Blankst. 38.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!